

Stichworte zur Orientierung

	Seite
1 Über den Titel dieser Arbeit und meine Motivation zu diesem Text	3
2 Die Gesamtlage der Kirchen	4
3 Verlust bei der Glaubensweise an die Demokratie	5
4 Sexualmoral	5
5 praktizierte Politik bringt zusätzliche Probleme	5
6 Expräsident des Bundesverfassungsgerichts Voßkuhle	5
7 Lob und Mahnung von Ministerpräsident Kretschmann	6
8 Kennzeichen freiheitlich demokratischer Grundordnung	7
9 Vereinigung der beiden deutschen Republiken über den Schleichweg	7
10 Vereinigungspolitikern waren die Voraussetzungen nicht bewusst	7
11 Ureigene biblische Themen der Christen	8
12 Leserbriefe in chrismon	8
13 Sprachpolizisten	9
14 Das Zauberwort Jesus	10
15 Yuval Noah Harari	13
16 Verhältnis zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft	14
17 Berta Heimberg / Text aus 1946	18
18 Zwischenbemerkung (Was mache ich hier?)	25
19 Meine Motive	25
20 CGW-Rundbrief 25/2 Juni 2025	25
21 Auszug aus Dissertation von Bernadette-Julia Felsch	26
22 Aktuelle Schlagzeilen aus der HAZ	36
23 Programm wechsel	38
24 Ergänzung zwei alte Beiträge aus chrismon und meine Kommentare.....	39
25 Fragen an die Kirchen	45
26 Text zum Wesen des Kapitalismus aus dem Jahr 1900	46

Die gewählte Überschrift klingt zu bombastisch, die Themen, die hier zu bearbeiten wären, könnten mehr als ein Buch füllen. Als ich die Überschrift wählte, fühlte ich mich meinen Umständen entsprechen frisch und für den Teil, den ich aus dem Themenkomplex bearbeiten wollte, laienhaft kompetent. Die schwankenden Wetterlagen zeigten mir aber dann wie empfindlich mein Körper inzwischen auf diese reagiert. Einen Rückzieher wollte ich mir auch nicht erlauben, nicht weil ich dann als großspurig eingestuft werden könnte (das wäre mir ziemlich egal), sondern weil unser Land, Europa und die Welt insgesamt die Gefahr schürt, erneut ein Trümmerfeld zu werden, wo die Überlebenden nicht ausreichen werden, um die Toten unter die Erde zu bringen. Eine wissenschaftliche Arbeit über die Mängel in der Moral und der Ethik reicht auch nicht, weil sie unter Verschluss kommt oder in der Ablage vergessen wird. Den Unterschied zwischen der Moral und der Ethik verstehe ich so, dass die Ethik die theoretische Begründung der Moral und eine Methode der analytischen Überprüfung ihrer Wahrhaftigkeit ist.

Erst als mir wieder bewusst wurde, dass die gewählte Überschrift, die vor Tagen als Notiz für zu bearbeitende Thema niedergeschrieben und nicht als eine Überschrift für ein jetzt zu bearbeitenden eigenen Thema gedacht habe, lockerte sich die Verkrampfung, die entstehen kann, wenn man sich überfordert sieht. Ich habe aber festgehalten, dass ich versuchen will, zu begründen, warum die Christen eine Reformation ihrer Kirchen von unten her benötigen, so wie ich schon vorher begründet habe, warum wir eine Verfassung aus der Mitte unserer Gesellschaft (einschließlich ihrer Ränder) benötigen. Einen solchen Versuch der Motivierung für eine vielköpfige Verfassungsarbeit habe ich begonnen mit gesammelten und eigenen Texten die meiner Textreihe 177 unter dem Titel „Überwindung der Parteienherrschaft“. Der Begriff „*Parteienherrschaft*“ ist dabei nicht als Verunglimpfung der Menschen gedacht, die sich heute – auch in widersprechender Form – in der Politik abmühen. Sondern der Begriff soll ein Hinweis auf die Fehlentwicklungen in unsere Demokratie hinweisen. Ich kann mir eine Besserung ohne Nachhilfe aus dem Teil der Bürgerschaft, der bisher nicht in der jetzigen Politik verflochten ist, nicht vorstellen. Das liegt nach meiner Einsicht an der Existenz von Großorganisationen, die mit der Dauer ihrer Existenz den Anlass ihrer Gründung vergessen und vorwiegend ihren Selbsterhalt mit allerlei Gehirnakrobatik begründen. Das ist bei den Kirchen auch so. Es dabei zu belassen wie es ist, trägt in sich die Gefahr, dass die Kirchen als Ideengebäude und auch als Gebäude aus Steine und Mörtel bedeutungslos werden. Es bedeutet aber nicht, dass sich erwarten lässt, dass das Bedürfnis nach religiöser Bindung

ganz erlischt, sondern nur, dass die Suche nach glaubwürdigen Inhalten und Vermittlern sich steigern wird. Die Glaubensgemeinschaften die eine ehrliche frohe Botschaft fürs Diesseits zu bieten haben und nicht nur eine, die sich im ungewissen Jenseits und als Trostpreis für vermeidbares Unheil im Diesseits realisiert, dürften dann den Zulauf haben. Ich sage nicht, dass die Fehlentwicklungen von Großorganisationen durch einen bösen Willen ausgelöst werden, sondern eher durch wirtschaftliche oder ideelle Abhängigkeiten ihrer hauptamtlichen und ideellen Mitglieder. Auch die von der Größe der gesellschaftlichen oder politischen Bedeutung der Kirchen abgeleiteten persönlichen Bedeutung oder Machtbefriedigung von Funktionsträgern dürfte ein Hemmschuh für die Entwicklung sein. Das, was ich hier schreibe, ist weniger das Ergebnis einer wissenschaftlichen Analyse, sondern mehr eines intuitiven Denkens. Die Ergebnisse sind aber eben nicht nur unbewusste Werturteile des Schreibers, die ihm oder einen Teil der Mitglieder unserer Gesellschaft Bausteine einer Utopie oder Ideologie sind.

ooooo

Die Gesamtlage der Kirchen und unserer Republik dürften für beide Großorganisationen fragil sein, aber nicht identisch. Die Staatsbesetzer (Zuckt nicht zusammen. Ich meine es gut mit Euch.) haben vergessen, dass sie die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes und mitbestimmendes Leben der Bürgerinnen und Bürger in einem zu geringen Umfang verschafft haben und erstaunt sind, dass das Volk sich nicht mehr mit dem Status des glücklichen Sklaven begnügen will.

Den „Schwarz- und Weißröcken“, die sich ohne ihre Glaubensuniform meistens als liebenswerte Menschen entpuppen traut man auch nicht mehr so recht, weil man wie eh und je nicht weiß, wessen Interessen sie vertreten. Da der Zweifel an ihrer Gottesdienerschaft nicht mehr Kerker oder bürgerliches Ansehens kostet, sondern nur die kleine Mühe der Austrittserklärung aus der Kirche, erreichen sie auch die Menschen mit einem wirklichen religiösen Bedürfnis immer weniger, weil die scheidenden Mitglieder, den Zweifel der noch Gläubigen nähren. Das kirchliche Normen-Korsett und der Spielraum für rituelle Handlungen ist für die hauptamtlichen Christen viel zu eng geworden, als dass sie den suchenden Noch-Mitgliedern eine Orientierung, einen weltlichen oder religiösen Trost geben können. Das ist kein Versuch einen ganzen Berufsstand herabzuwürdigen. Und die Aussage wird auch nicht immer stimmen. Es ist nur der Versuch eine Erklärung dafür zu finden, warum die Kirchen leer bleiben.

Mein eigenes Verhältnis zu dem theologischen Personal der Kirchen sehe ich als entspannt bis freundschaftlich an, obwohl ich keiner Glaubensgemeinschaft mehr angehöre.

In den Medien wird die Unsicherheit über die Entwicklung, die nicht nur die Kirchen betrifft, sondern in anderer Weise des Glaubens auch unsere Demokratie, die bei Licht betrachtet, eine Scheindemokratie ist, thematisiert. In den Zeitungen liest man häufig über die Kirchenaustritte, aber wenig darüber, wie die Kirchen anziehender werden oder wohin sie sich wandeln wollen oder sollen. Über die katholische Kirche kann man vernehmen, dass sie sich wegen ihrer ausgeprägteren hierarchischen Struktur mit Reformen schwerer tut, als die anderen Konfessionen. Die sexuellen Missgriffe des Personals sind ein großes Thema, aber das größere Thema, das vom göttlichen Sexualtrieb, der den Menschen gegeben ist und den Folgen einer verquerten Sexualmoral, die eine ständige Quelle für Lügen ist, wird wenig gesprochen.

Ich vermute, dass einem großen Teil des theologischen Personals der Kirchen, der hier angesprochene Themenkomplex ein Dauerthema im Format von Sackgassen und Kopfzerbrechen ist. In der Politik sieht es ja nicht anders aus. Der neue Bundestag, der ja eigentlich nur ein „Stütztag“ der Bundesregierung mit einer Opposition als demokratischen Dekor ist, bringt nicht wirkliche Lösungen von Problemen, sondern nur zusätzliche in das politische Zeitgeschehen. In zehn Jahren wird man vermutlich sagen, dass er das kommende Unheil nur beschleunigt hat. Aber man wird nicht sagen können, dass die Entscheidungsträger aus einem bösen Willen heraus gehandelt haben. Jedes Mitglied wollte nur für sich und auch für die anderen das Beste. Aus meiner – zugegebenen – Beschränktheit kann ich nicht erkennen, das in Berlin und in den Bundeshauptstädten eine Politik des Notwendigen aus einer tieferen Einsicht betrieben wird. Ich sehe mich aber nicht als Schwarzmalen, sondern nur als Mahner wie der Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle. Sehen wir mal, was *Steven Geyer* in der HAZ vom 14. Juli darüber zu berichten hat:

Ist Deutschland noch zu retten?

Die Initiative Staatsmodernisierung stellt zahlreiche Empfehlungen für mehr Demokratie, weniger Bürokratie und eine Reform der Verwaltung vor.

Die Warnung war drastisch: Es könne sehr schnell gehen, und schon rutscht Deutschland ab zu einem Dritte-Welt-Land! Es war kein Untergangsprophet oder populistischer Angstmacher, der da kurz nach der Bundestagswahl mit diesem eindringlichen Appell für grundlegende Staatsreformen trommelte. Sondern Andreas Voßkuhle, früherer Präsident des Bundesverfassungsgerichtes. „Unter den augenblicklichen Umständen geht es relativ schnell“, dass auch ein Land wie die Bundes-

republik „abrutschen und zu einem Zweite-Welt-Land werden oder irgendwann sogar zu einem Dritte-Welt-Land werden kann“, sagte er.

Um das zu verhindern, müsse eine grundlegende Staatsreform angegangen werden: Bürokratie abbauen, Demokratie stärken, die Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen umfassend neu ordnen.

Um entsprechende Maßnahmen zu erarbeiten, hatte Voßkuhle 2024 mit der Verlagsmanagerin Julia Jäkel und den Ex-Bundesministern Thomas de Maizière (CDU) und Peer Steinbrück (SPD) die überparteiliche „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ gegründet und einen Aufruf an Praktiker und Experten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung gestartet. Die Schirmherrschaft übernahm Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. An diesem Montag veröffentlicht die Gruppe nun bei zwei großen Auftritten in Berlin ihren Abschlussbericht und damit den Gesamtkatalog ihrer Empfehlungen dafür, wie Deutschland noch zu retten ist.

Einen Vorgeschmack hatten Voßkuhle, Jäkel, Steinbrück und de Maiziere bereits im März gegeben: Wegen der vorgezogenen Wahlen veröffentlichten sie 30 konkrete Reformvorschläge etwas früher als geplant, um so noch Einfluss auf die Vorhaben der neuen Bundesregierungen nehmen zu können.

So müssten viel mehr „Behördengänge“ vom Antrag auf Kindergeld bis zur Zulassung des Autos bundesweit einheitlich im Internet ermöglicht werden, Standards in Schulen vereinheitlicht und Handwerker von Papierkram entlastet werden. Die 170 unterschiedlichen Sozialleistungen, die derzeit von fast 30 Behörden verwaltet würden, sollten auf Bundesebene gebündelt werden.

Der Plan ging auf: Schwarz-Rot bezieht sich im Koalitionsvertrag tatsächlich auf die Initiative und verspricht Bürokratieabbau und andere Reformen. Eine davon: die vorgeschlagene Ministeriumsneugründung für Digitalisierung und Staatsmodernisierung. Doch soll das nur der Anfang sein. Die achtmonatigen Beratungen von 54 Experten aus Wissenschaft und Praxis haben weit mehr und sehr konkrete Empfehlungen für die Politik formuliert – „als Antwort auf zunehmende Zweifel an der Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen“, heißt es aus dem Bundespräsidialamt.

Andreas Voßkuhle ist mir sympathisch und ich habe ihn auch schon in einem anderen Text zitiert. Und ich vermute, dass unter den Reformvorschlägen auch brauchbare sind.

In der Ausgabe der HAZ vom 15. Juli ist unter der Überschrift > *Mehr Erfolg durch weniger Perfektionismus* < mit Bild von den Gründern der Initiative – Peer Steinbrück, Julia Jäkel, Thomas de Maizière und Andreas Voßkuhle – u.a. zu lesen:

Deutschland soll wieder leistungsstark werden. Eine Expertengruppe hat Ideen entwickelt, wie sich Bürokratie und andere Bremser im Zaum halten lassen. Doch die Tücke steckt im Detail. bei der Vorstellung ihres Konzepts in der Bundespressekonferenz in Berlin.

Ein Bild im Text mit den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg ist unterschrieben

mit:

Lobt die Vorschläge auf dem Papier, mahnt aber auch eine konsequente Umsetzung mit passenden Formaten an: Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne).

Nun ist es durchaus möglich, dass diejenigen Personen, die mitgewirkt haben an eine politische Fehlentwicklung auch sinnvoll an einer Korrektur der Politik und seiner Ergebnisse mitwirken können, aber sie können nicht die notwendige Revision vornehmen ohne weiterhin den Souverän, das Volk auszuschalten und so auf Dauer eine Revolution mit nicht kalkulierbaren Folgen zu provozieren.

Die Kennzeichnung unseres Staatswesens mit der Formel *freiheitlich-demokratische Grundordnung* ist doch schon lange zu einer Rechtfertigungsideologie für die Fehlentwicklung unserer Republik geworden. Ich will an dieser Stelle nicht alle Stufen der Treppe der Fehlentwicklung anführen, sondern nur ein paar Beispiele benennen: a) Im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Republiken wurde das Grundgesetz verraten, weil er nicht auf dem vorgezeichneten Weg über den Art. 146 GG gewählt wurde, sondern der Schleichweg über den alten Artikel 23, der für einzelne Länder aber nicht für den Fall des Beitritts der DDR vorgesehen war,¹ gewählt wurde. Der Parlamentarische Rat, der das Grundgesetz formuliert und beschlossen hat, signalisiert mit der Formulierung des Art. 146, das ihm der demokratische Mangel des Grundgesetzes bewusst war. Den west- und ostdeutschen Vereinigungspolitikern waren die wesentlichste Voraussetzung der Demokratiebildung – die Findung und Beschlussfassung einer Verfassung – 1990 nicht geläufig. Wenn heute jene Deutschen, die man *die*

1 Artikel 146 des Grundgesetzes regelt, dass das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, sobald eine neue Verfassung vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wird. Dies bedeutet, dass das Grundgesetz nicht dauerhaft als Verfassung gedacht ist, sondern nur so lange gilt, bis eine vom Volk gewählte Verfassung in Kraft tritt. (KI-Auskunft)

Artikel 23 des Grundgesetzes alt lautet: *Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.*

„Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat beschlossen und feierlich verkündet, womit es in den genannten westdeutschen Ländern in Kraft trat. Die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern hatten zuvor den Entwurf des Grundgesetzes in ihren Landtagen angenommen. Bayern hatte zwar zunächst gegen den Entwurf gestimmt, erkannte das Grundgesetz aber nachträglich an.“ Google

...“Artikel 23 spielte dabei die Rolle der Ermöglichung des Beitritts weiterer Gebiete, wie es dann 1957 mit dem Saarland und 1990 mit der DDR geschah“ Google

1949 konnten die Verfasser des Grundgesetzes nicht damit rechnen das sich einzelne Länder aus der sowjetischen Besatzungszone (später der DDR) der BRD anschließen würden, aber es bestand noch der politische Wille das gesamte Deutschland, einschließlich jener Länder jenseits der Oder-Neiße-Linie zusammenzuführen. Wenn nicht die Gültigkeitsdauer des Grundgesetzes nach Art. 146 in die Unendlichkeit verlegt wurde, dann bedeutet das, dass der Anspruch auf die Länder jenseits der Oder-Neiße-Linie aufrechterhalten wurde.

Politiker nennt, auf die AfD den Finger zeigen, weil diese angeblich oder tatsächlich demokratisch nicht sauber sind, dann sehen sie das Ergebnis ihres eigenen Versagens. Man kann ihnen ja bestätigen, dass sie es gut gemeint haben. Aber bekanntlich ist gut gemeint eben nicht gut getan. Selten ist ein böser Wille als Ursache dafür zu erkennen, dass nicht die Lösungen für gesellschaftliche Probleme gewählt werden, die unserem Anspruch, dass wir eine freie, soziale und ökologische Gesellschaft anstreben, genügen, sondern dass wir uns gerne Lösungsbedingungen unterwerfen, die das Gegenteil bewirken. Manchmal denke ich, wir werden mit der Dummheit der klugen Menschen bestraft. Soweit wir Schwierigkeiten mit Russland, China, den USA und auch mit Israel haben, so haben wir selber daran mit gewirkt. Ich will mich hier nicht weiter darauf einlassen. Ich will hier ja nur darauf aufmerksam machen, das bei uns Politikerinnen und Politiker in große Zahl nach meiner Einsicht in einer Wahrnehmungsfalle stecken und nicht ohne Hilfe von außen da herauskommen. Deshalb werbe dafür, dass Christinnen und Christen, die den Verfall ihrer Kirchen nicht verzweifelt zusehen wollen, ihre ureigenen biblischen Themen *Geld und Boden* um ihres Seelenheils willen aufgreifen und klären. Wenn sie es wirklich machen und nicht vor den diesbezüglichen Sünden ihrer eigenen Kirche zurückschrecken, dann wird das auch auf die Politik ausstrahlen und dort die Blockadehaltung lockern. Die Klärung kann jede und jeder ganz alleine mit der Bibel oder dem Netz beginnen. Die interessierten Menschen können sich andere nach Hause einladen oder sich in Gemeinderäumen der eigenen oder der Kirche der anderen treffen. Da die Probleme, die es hier zu behandeln gilt, in den heiligen Schriften aller monotheistischen Religionen Gegenstand der Erörterung sind, aber nicht unverständlich bleiben müssen, können sich Interessierte dazu auch anders Gläubige eingeladen.

Wie ich schon weiter oben berichtet habe, habe ich ja meine Schwierigkeiten gehabt, mit dem Schreiben dieser Zeilen anzufangen. Zwischenzeitlich war nach dem Lesen des evangelischen Magazins *chrismon / spezial* über die KD-Bank, die als erste evangelische Genossenschaftsbank entstand², *chrismon* 07 / 08 2025 als Beilage der Tageszeitung ins Haus gekommen.³ Zwei von vier Leserbriefen, die unter der Rubrik – ***Zur Freiheit berufen!*** – veröffentlicht wurden, haben mir den nötigen Anschub verliehen, mit meinem Schrieb weiter zu machen. Diese beiden Leserbriefe gebe ich nachfolgend wieder:

2 Deren Gründung von Martin Niemöller, dem bekannten Pazifisten vergangener Jahre, vor 100 Jahren angeschoben wurde,

3 Auch das katholische *Misereor*-Magazin frings kommt so hin und wieder ins Haus. Ich bringe es selten fertig, solche Zusendungen völlig ungelesen zum Altpapier zu sortieren. Ich fand jetzt bei mir die Ausgaben einz und zwei aus dem Jahr 2022.

Diesseits statt Jenseits?

„Ist die Kirche politisch?“ in chrismon 06.2025

Nein, die Kirche ist nicht politisch, darf und muss aber Stellung beziehen zu den brennenden Problemen unserer Zeit. Beispiel: Als Mitglied einer evangelischen Freikirche entdeckte ich in einem Zeitungsartikel die Absicht unserer Regierung, weitreichende Waffen an die Ukraine zu liefern, was logischerweise zur Eskalation des Konflikts führen muss! Daraufhin schreibe ich einen Leserbrief zum genannten Thema - und sende diesen auch gleichzeitig an unseren Bundeskanzler per Post nach Berlin!

Dies ist keine Einmischung, sondern gelebte Meinungsfreiheit. Denn in und durch Jesus Christus sind wir zur Freiheit berufen worden.

Theo Peters, Solingen

Die Kirche stürzt sich ins politische Diesseits, als wäre ihr das Jenseits fremd geworden. Man kann den Eindruck gewinnen, die Kirchenvertreter wollten sich und die Allgemeinheit davon ablenken, dass sie auf die religiösen und existenziellen Fragen der modernen Menschen immer weniger Antworten finden. Zunächst einmal sollten sie sich auf ihrem ureigensten Gebiet beweisen. Eine politische Stellungnahme der Kirche muss sich aus dieser Kernkompetenz ableiten, ansonsten ist es nur eine beliebige Allerweltsmeinung.

Hans Peter Basler, Frankfurt

Zuerst meine Erwiderung zu der Stellungnahme ⁴ von Theo Peters: Meine erste Reaktion war kurz und bündig: „So ist es!“ Bei einer einsetzenden Überlegung genügt mir mein Urteil nicht mehr. Denn jede Aussage eines gesellschaftlichen Verbandes in seiner Gesamtheit, als organisatorische Teilverband oder als einzelnes Mitglied hat eine politische Wirkung. Die Wirkung kann groß oder minimal sein. Hat eine Aussage mit Substanz überhaupt keine Wirkung, dann ist das auch bedenklich, weil es heißt, dass die angesprochene Teileinheit oder Gesamtheit einer Gesellschaft nicht mehr darauf reagieren will oder kann. Und das Ausbleiben von Antworten, das ja die Folge einer gewollten oder ungewollten Nicht-Wahrnehmung ist, führt dann zu einem nichtgewünschten Verhalten jener, deren Äußerung kein Echo ausgelöst haben. Ich vermute hier ein von mehreren Ursachen von Kirchenaustritten und auf der politischen Seite, von dem Wählerzulauf bei der AfD.

Und dann kommt in einer Zeit, wo viel selbsternannte Sprachpolizisten unterwegs sind, die glauben, einen sagen zu müssen, wie man Sachen, Vorgänge oder Menschen zu benennen hat automatisch die Einengung der Meinungsfreiheit hinzu, die man leicht durch Mitgliedschaften aufgedrückt bekommt. In einer Partei kann es schnell mit einer Karriere aus sein, wenn man sich nicht an der Mehrheitsmeinung hält. Und reagieren jene, die in den kirchlichen Hierarchien das Sagen haben, etwa nicht deutlich mit Zurück- oder Zurechtweisung, wenn ei-

⁴ Der Ausgabungsbeitrag in chrismon 06. 2025 liegt mir nicht vor.

zelne Mitglieder oder Gruppen die Christusgeschichte etwas anders deuten? Letztlich verkalkt aber jeder Zusammenschluss von Menschen, wenn die Meinungsfreiheit nicht oder nicht mehr gegeben ist. Aber es sei auch gesagt: Böswillige Herabsetzungen von Andersdenkenden sind kein Ausdruck von Meinungsfreiheit.

Ich komme zu Hans Peter Basler aus Frankfurt. Mir ist eine Geschichte eingefallen, die ein Pastor erzählt hat.⁵ Dieser war aus irgendeinem Grund in einem fremden Land, dessen Sprache er nicht verstand. Die Gastgeber erwarteten aber von ihm, das er eine Predigt halten würde. Die Kirche war gut gefüllt und es herrschte ein munteres Treiben mit Singen und Tanzen. Er hätte sich auf die Kanzel begeben und hätte das Kirchenvolk angesprochen. Dieses hätte mit ihrem Treiben nicht aufgehört und hätten ihn gar nicht beachtet. Erst als er das Wort *Jesus* ausgesprochen hätte, wären die Frauen, Männer still geworden. Er hätte also in seiner frei gehaltenen Predigt immer wieder das Wort *Jesus* eingefügt und die Kirchenbesucher wäre alle ruhig geblieben und zufrieden nach Hause gegangen. Die Gottesdienstbesucher konnten die Teile der Predigt zwischen der Nennung des Namens *Jesus*, die sie nicht verstanden, mit ihren im jeweils eigenen Gedächtnis abgespeicherten *Jesus*-Geschichten füllen. Dieses individuelle Auffüllen der *Jesus*-Geschichte hat vermutlich das religiöse Bedürfnisse besser befriedigt, als eine Predigt nach vorgegebenen Mustern der höheren Kirchenleitung.

In dem Vorigen Jahrhundert und dem „verbrauchten“ Viertel des jetzigen Jahrhunderts haben sich die religiösen Bedürfnisse so stark gewandelt – auch im Sinne der Verflachung –, dass mit dem oben geschilderten Verfahren keine Kirche mehr zu füllen ist. Vielleicht ist die Zeit gekommen, in der eine nonverbale Religion kreiert wird⁶, die sich nicht an der durch die gottgegebenen Erkenntnisfähigkeit der Menschen wundert. Ich weiß es nicht. Mir dünkt aber, dass die Kirchen in ihrer Gesamtheit noch eine Renaissance erleben können, wenn sie ihre Sünden aufarbeiten. Ich meine damit die Verschleierung der biblischen Themen Boden und Geld (Zins), ihre Machtgelüste, die sie zu einer unheiligen Bettgemeinschaft mit dem Staat veranlasst haben und das Tauschgeschäft Geld gegen Lieferung braver Bürger und gehorsamer Soldaten nicht aufgeben lässt. Wenn den Kirchen das gelingen würde, dann hätten sie etwas, von dem sie ihre Kernkompetenz ableiten könnten und nicht eine Allerweltsmeinung, die Hans Peter Basler befürchtet.

Wer sich auf dieses Themenfeld einlässt, muss mit unerwarteten politischen Schwierigkeiten rechnen,

5 Ich weiß nicht mehr, ob meine Ohren hörend die Geschichte wahrgenommen haben oder meine Augen lesend. Es ist jedenfalls mehr als ein halbes Jahrhundert her.

6 Damit sich eine solche Religion auch ausdrücken kann, müsste sie mit Körper- und Gesangsübungen ohne sprachlichen Text gekoppelt werden. Ich denke an Joga und an: „Gesänge ohne sprachlichen Text werden als Vokalise oder Scat bezeichnet. Eine Vokalise ist ein Musikstück, das nur mit Vokalen gesungen wird, während Scat eine improvisierte Gesangsform im Jazz ist, die ohne Wortbedeutung mit Silben und Lauten, die oft Instrumente nachahmen, gesungen wird.“ TI Google

die man vermeiden kann, wenn man sich zu seiner Feigheit, die zu unserer Ausstattung mit Verhaltensmöglichkeiten gehört, bekennt und einen triftigen Grund findet, um das ganze Thema zu meiden.

00000

Der 20. Juli 1944 ist der Tag, an dem Claus Schenk Graf von Stauffenberg ein Attentat auf Adolf Hitler verübte. Das Attentat fand im Führerhauptquartier Wolfsschanze in Ostpreußen statt und war Teil eines größeren Umsturzversuchs des militärischen Widerstands gegen das NS-Regime. Obwohl Hitler überlebte, gilt der 20. Juli als Symbol für den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus.
(NDR)

Im Hinblick auf diesen Gedenktag hat der NDR den Politikwissenschaftler Professor Dr. Johannes Tuchel am 18. Juli (?) in die Sendung Das rote Sofa eingeladen. Das Thema war der deutsche Widerstand gegen das Hitler-System. Der Deutsche Widerstand sei insgesamt gering gewesen. Aber die Folgen des Widerstandes, wenn er entdeckt wurde, seien aber hoch gewesen. Er berichtete von einer jungen Frau die mit ihrem Freund kleine Zettel mit einer Anti-Botschaft an Lichtmasten oder ähnliches geklebt hat. Sie, ihr Freund und das gemeinsame Kind mussten mit dem Tod dafür bezahlen. Die Geschichte kann man noch in der Mediathek anhören und sehen.

Zu Thema Widerstand brachte mir einer meiner Söhne aus dem Bestand seines verstorbenen Schwiegervaters folgendes Buch mit: *>Das Gewissen entscheidet / Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933 – 1945 in Lebensbildern / Herausgegeben von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dierich Bracher <, 1957. Als ich das Buch willkürlich aufschlug hatte ich die Geschichte (mit Bild) von Carl Lampert vor meinen Augen. Dr. Lampert war ein katholischer Geistlicher, geb. am 9. Januar 1894 und hingerichtet am 13. November 1944. An solchen Einzelfällen wird der ganze Wahnsinn, der betrieben wurde noch deutlicher, als wenn die Opfer in Zahlen zusammengefasst werden.*

000 Einschub 000

Ich füge hier noch ein Link ein, der zu Beiträgen von Zeitzeugen führt.

WAHRHEIT IN DER BEWÄHRUNG GEGEN DEN STROM DER ZEIT
PAUL HEINRICH DIEHL, 10.1.1886 – 3.1.1976

und

P. Laurenlius Sicmer OP
DIE SCHULD DER DEUTSCHEN
Ein Brief aus dem Jahre 1948
(Aus: Das alte Kirchspiel Barsfel, 1994)

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.12%20OB%20Lt.%20Doku%2012.pdf>

aus dem
Offener Brief vom 1. Mai 2001
Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

Der erste Teil lautet:
Inhaltsübersicht
Agenda Niedersachsen 2001 / Erster Teil
Haupttext und Anhang mit Anmerkungen &
Dokumentation
Oktober 1999
(Stand August 2006)
Tristan Abromeit

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.0%20Agenda%20N.%20Teil%20I%20Separate%20Inhaltsuebersicht.pdf>

000 Einschub Ende 000

Das Auffällige bei dem Gespräch auf dem roten Sofa DAS mit Prof. Johannes Tuchel ist, dass seine Erzählung wie bei den viel zu Wort kommenden Vergangenheitsbewältigern auch erst mit der Wahl beginnt, aus der die NSDAP als Sieger vorher ging. Das hat so Johannes Tuchel nicht gesagt, aber es assoziiert so den Glauben der Vergangenheitsbewältiger, dass eine neue Gesellschaftskatastrophe, so wie sie unserem Eltern bzw. Großeltern mit „Dritte Reich“ erwischte hat, am besten vermieden werden kann, wenn man den Deutschen, die in dieser Zeit gelebt haben und den folgenden Generationen die Schuld der Deutschen jeden morgen dick aufs Brot schmiert.

Diese Politik hat der jüdische Gelehrte, Emigrant und Heimkehrer Ludwig Freund schon 1963 in seinem Buch „Aussenpolitische Grundsätze“ kritisiert. Ja, es hat damals einen Antisemitismus gegeben und auch ein völkisches Denken. Beide Faktoren haben aber nicht die Kraft gehabt, Hitler an die Macht zu bringen. Der eigentliche Schub erfolgte durch die Zerstörung der deutschen Gesellschaft erst durch die Inflation und dann durch die Deflation. Beigetragen hat auch der Verlust des Ersten Weltkrieges, der Umgang der Sieger mit den Verlierern und die Tatsache, dass Deutschen mit ihrer Sozialisation im Kaiserreich noch gar nicht in der Demokratie angekommen waren. Die Hauptursache lag aber in der Zerstörung der Wirtschaft und der mangelnde Wille oder der Unfähigkeit der SPD und der bürgerlichen Parteien, sich die Lösung der Probleme, die von freiwirtschaftlicher Seite vorlagen, anzueignen.

Und diese Unfähigkeit haben die Parteien ⁷ nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD beibe-

⁷ Und gefördert auch durch die Kirchen, die ihre jeweilige Haltung gegen Bares dem Bedürfnis des Staates

halten. Damit das nicht sichtbar wird, müssen die Freiwirte mit ihrer Idee von einer natürlichen Wirtschaftsordnung (= Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus) verleumdet oder – als Mindestmaß der Abstrafung – mit ihren Bemühungen um Aufklärung – nicht gefördert werden. (Das ist eine verkürzte Beschreibung. Die Situation ist nicht von einem bösen, aber doch von blinden Willen in einer Zeitspanne von 1 ¼ Jahrhundert geschafft worden. Es zeigt nur, dass die Beschäftigung mit den ökonomischen Themen, um die andere Freunde der *Natürlichen Wirtschaftsordnung* und ich in der Folge von Mitglieder mehrerer Generationen mich bemühe, kein reines Vergnügen, sondern hauptsächlich nur eine Notwendigkeit sind.

Ich hatte von dem Autor **Yuval Noah Harari** eine Aussage aus seinem Buch „**21 Lektionen für das 21. Jahrhundert**“ oder „**Sapiens Der Aufstieg**“ („Eine kurze Geschichte der Menschheit“ als Graphic Novel) in Erinnerung, die besagt, dass der Kapitalismus ewigen Bestand haben wird. Wenn das so wäre, wäre es tragisch, denn bei genauerem Hinsehen kann man feststellen, dass der Antisemitismus seine Ursache in der Existenz des Kapitalismus hat. Ich will den Zusammenhang an dieser Stelle nicht besonders vertiefen, nur soviel: Vor langer Zeit galt den Christen das Geschäft mit dem Geld als unsauber, auch weil sie den Zinsnahmeverbot der Kirche unterlagen. Die Juden unterlagen aber nur einem begrenzten Zinsnahmeverbot gegenüber den eigenen Leuten, zudem wurde ihnen der Zugang zu den ehrlichen Berufen erschwert. Und im Geldgeschäft wurden sie von den Münzherren (Fürsten) ausgebeutet. Die Systemfehler im Geldwesen und die Last, die daraus entstand, wirkte sich aber besonders auf die Nichtjuden aus. Da die Zusammenhänge nicht unmittelbar sichtbar waren und sind, wurden die Juden als Verursacher der Bedrückung gesehen. Die falsche Wahrnehmung hat sich durch die Jahrhunderte fortgepflanzt und sich in Exzessen der Gewalt mit Vertreibung und Tötung von Juden ausgewirkt. Silvio Gesell war der erste Ökonom, der klar sinngemäß sagte: die Juden haben sich in ihrer Bedrängnis zwar gute Kenntnisse für das Geldgeschäft angeeignet, aber dass was sich im Geldgeschäft bedrückend auswirkte und auswirkt, wird von dem Geldsystem (mit Naturalwährungen oder modernen Währungen deren Geldzeichen keinen Materialwert haben) bewirkt. Und das Grundmuster der heutigen Währungen geht schon Zeiten, die vor unserer Zeitrechnung liegen, zurück.

Die Währung, die den Zins ermöglicht und das Zinsverbot der katholischen Kirche nicht durchsetzbar machte, ist aber nicht die einzige Wurzel des Kapitalismus. Die zweite Wurzel

mehrheitlich anpasst.

ist die Bodenrente, die als Entgelt für die Nutzung des Bodenmonopols entsteht.⁸ (Monopol deshalb, weil es jede Parzelle nur einmal gibt und dies nicht vervielfältigt werden kann. Die Bodenrente kann man in ihrer Höhe deshalb messen, weil sie auch der Preis für die Nutzung des Bodens – einer bestimmten Parzelle – ist.⁹ Und Preise – in der auch die Kosten eingehen – bilden sich durch das Angebot und die Nachfrage.¹⁰ Die dritte Wurzel des Kapitalismus bildet das Patentrecht, weil es mehr schützt als den Lohn des Erfinders. Die gesellschaftlichen Vorleistungen, ohne die wohl selten ein Patent entsteht, werden zu wenig bei der Vergabe von Patenten berücksichtigt. So entstehen künstliche Monopole, die den Wettbewerb in der Wirtschaft stören – und auf einzelne Produkte bezogen – verhindern.

Die Marktwirtschaft, die vom Kapitalismus überlagert wird, aber nicht wie der Kapitalismus zur Konzentration neigt, wird von der Kapitaleseite gemolken. Wenn das Ergebnis für das Kapital unbefriedigend wurde oder wird, führt der Zustand zum Geldstreik¹¹ mit der Folge der Arbeitslosigkeit. Der Unternehmer zählt wie der Arbeiter zum Faktor Arbeit. Beide können gleichzeitig Kapitalisten sein, wenn sie ihre Ersparnisse verzinslich anlegen. Hinzuzufügen ist noch, dass die Existenzbedingung des Kapitalismus der Mangel ist – am besten an alles – so wie er nach Kriegen festgestellt werden kann.

Das Buch „21. Lektionen ...“ von Harari mit 459 Seiten hat sogar ein Sachwortregister. Das Wort Kapitalismus kommt rund 20 mal vor. In der Form, wie ich es in Erinnerung habe, bin ich nicht fündig geworden. Die gesuchte Stelle habe ich in seinem Buch „Sapiens Der Aufstieg“ als Graphic Novel und den Zeichnern Daniel Casanave und David Vandermeulen auch nicht gefunden. Das liegt vielleicht an der Schrift in den Sprechblasen.

Ich werde ein paar Auszüge aus „21 Lektionen ...“ als meine oder des Lesers Lockerungsübungen nachfolgend einfügen.

8 Aber nicht an Gebäuden und Nutzungsverbesserungen, die durch Arbeit entstehen.

9 Wird für eine bestimmte Parzelle eine mehrgeschossige Bebauung genehmigt, erhöht sich die Bodenrente automatisch ohne (nach jetzigem Recht) der Eigentümer auch nur einen Finger gerührt haben muss. Das gilt auch für öffentliche Investitionen, die die Wohnlage attraktiver machen.

10 Der Bodenpreis spielt bei der Knappheit des Bodens im Bereich der Wohnungen Gewerberäume eine große Rolle. Wenn der Standard für den Bau von Gebäuden gesenkt wird, hat das kein Einfluss auf die Bodenpreise.

11 Das Geld geht in die Hortung, in die Liquiditätsfalle. Der Geldkreislauf ist dann gestört.

Ein Dollar, um sie alle zu regieren

In vormodernen Zeiten haben die Menschen nicht nur mit verschiedenen politischen Systemen experimentiert, sondern auch mit einer verblüffenden Vielfalt wirtschaftlicher Modelle. Russische Bojaren, hinduistische Maharadschas, chinesische Mandarine und amerikanische Indianerhäuptlinge hatten ganz unterschiedliche Vorstellungen von Geld, Handel, Besteuerung und Beschäftigung. Heute dagegen glaubt so gut wie jeder in leicht unterschiedlichen Variationen an das gleiche kapitalistische Thema, und wir alle sind Rädchen in einem einzigen globalen Produktionsprozess. Ob im Kongo oder in der Mongolei, in Neuseeland oder Bolivien - die alltäglichen Routinen und das wirtschaftliche Geschick der Menschen hängen von den gleichen Wirtschaftstheorien, den gleichen Unternehmen und Banken, den gleichen Kapitalströmen ab. Würden sich die Finanzminister Israels und Irans zu einem Geschäftsessen treffen, so hätten sie eine gemeinsame ökonomische Sprache und könnten die Sorgen und Nöte des jeweils anderen problemlos verstehen.

Als der Islamische Staat weite Teile Syriens und des Irak eroberte, ermordete er Zehntausende Menschen, zerstörte archäologisch bedeutsame Stätten, stürzte Statuen und vernichtete systematisch die Symbole früherer Regime und westlichen kulturellen Einflusses. Als seine Kämpfer jedoch in die örtlichen Banken eindrangen und dort bündelweise amerikanische Dollarnoten vorfanden, auf denen das Antlitz amerikanischer Präsidenten prangte und auf denen in englischer Sprache politische und religiöse Ideale Amerikas beschworen wurden, verbrannten sie diese Symbole des amerikanischen Imperialismus nicht. Denn die Dollarnote wird weltweit über alle politischen und religiösen Trennlinien hinwegverehrt. Zwar hat sie für sich genommen keinen Wert - man kann eine Dollarnote schließlich nicht essen oder trinken -, aber das Vertrauen in den Dollar und in die Klugheit der US-Notenbank ist so stark, dass es sogar bei islamischen Fundamentalisten, mexikanischen Drogenbaronen und nordkoreanischen Tyrannen zu finden ist. ... (S. 151)

Politische Probleme: muslimische Ökonomie

Während die Wissenschaft uns mit eindeutigen Antworten auf technische Fragen, etwa wie man Masern heilt, versorgt, herrschen in politischen Fragen beträchtliche Meinungsverschiedenheiten unter Wissenschaftlern. Fas alle Experten stimmen darin überein, dass der Klimawandel eine Tatsache ist, doch in der Frage, wie man ökonomisch am besten auf diese Bedrohung reagiert, herrscht kein Konsens. Das bedeutet freilich nicht, dass traditionelle Religionen uns bei der Lösung dieses Problems helfen könnten. Uralte Schriften sind nun einmal keine brauchbare Anleitung für die moderne Ökonomie, und die zentralen Konfliktlinien - beispielsweise zwischen Kapitalisten und Sozialisten - entsprechen nicht den Spaltungen zwischen traditionellen Religionen.

Sicher, in Ländern wie Israel und Iran haben Rabbiner und Ajatollahs ein gehöriges Wörtchen mitzureden bei der staatlichen Wirtschaftspolitik, und selbst in stärker säkularen Ländern wie den Vereinigten Staaten und Brasilien beeinflussen religiöse Führer die öffentliche Meinung in Fragen, die von der Besteuerung bis zur Umweltgesetzgebung reichen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass in den meisten dieser Fälle traditionelle Religionen gegenüber modernen wissenschaftlichen Theorien nur die zweite Geige spielen. Wenn Ajatollah Khamenei eine für die iranische Volkswirtschaft wichtige Entscheidung treffen muss, findet er die nötige Antwort nun einmal nicht im Koran, weil die Araber des 7. Jahrhunderts kaum etwas von den Problemen und Möglichkeiten moderner Industrieökonomien und globaler Finanzmärkte wussten. Und so müssen er oder seine Berater sich Karl Marx, Milton Friedman, Friedrich Hayek und der modernen Wirtschaftswissenschaft zuwenden, wenn sie Antworten bekommen wollen. Wenn also Khamenei sich dazu entschlossen hat, die Zinsen zu erhöhen, die Steuern zu senken, staatliche Monopole zu privatisieren oder ein internationales Handelsabkommen zu unterzeichnen, kann er anschließend sein religiöses Wissen und seine Glaubensautorität nutzen, um die wissenschaftliche Antwort in das Gewand dieses oder jenes Koranverses zu kleiden und sie den Massen als den Willen Allahs zu präsentieren. Doch das Gewand spielt so gut wie keine Rolle. Vergleicht

man die Wirtschaftspolitik des schiitischen Iran, des sunnitischen Saudi-Arabien, des jüdischen Israel, des hinduistischen Indien und des christlichen Amerika, so lassen sich keine großen Unterschiede feststellen.

Im 19. und 20. Jahrhundert wetterten muslimische, jüdische, hinduistische und christliche Denker gegen den modernen Materialismus, gegen den seelenlosen Kapitalismus und gegen die Exzesse des Beamtenstaates. Sie versprachen, wenn sie nur die Möglichkeit dazu hätten, würden sie all die Krankheiten der Moderne heilen und ein völlig anderes sozioökonomisches System errichten, das auf den ewigen spirituellen Werten ihres Glaubens basiert. Nun, sie hatten durchaus ein paar Chancen, und die einzig bemerkenswerte Veränderung, die sie am Gebäude der modernen Ökonomien vorgenommen haben, sind ein neuer Anstrich und ein Halbmond, ein Kreuz, ein Davidstern oder ein Om auf dem Dach.

Ähnlich wie beim Regenmachen ist es auch in ökonomischen Fragen: Religionsgelehrte sind erprobte Experten darin, Texte neu zu interpretieren, und genau das ist es, was die Religion in diesem Bereich irrelevant macht. Ganz gleich, für welche Wirtschaftspolitik Khamenei sich entscheidet, kann er sie stets mit dem Koran in Einklang bringen. Damit wird der Koran von einer Quelle wahren Wissens zu einer Quelle bloßer Autorität degradiert. Steht man vor einem schwierigen ökonomischen Dilemma, vertieft man sich am besten in Marx und Hayek, sie helfen einem, das Wirtschaftssystem besser zu verstehen, Dinge aus einer ganz neuen Perspektive zu betrachten und über potenzielle Lösungen nachzudenken. Nachdem man eine Antwort formuliert hat, wendet man sich dem Koran zu und studiert ihn eingehend auf der Suche nach irgendeiner Sure, die, wenn man sie nur fantasievoll genug interpretiert, die Lösung, die man von Hayek oder Marx hat, legitimieren kann. Ganz gleich, welche Lösung man dort gefunden hat - als guter Koranglehrter wird man immer in der Lage sein, sie zu rechtfertigen.

Das Gleiche gilt für das Christentum. Ein Christ kann ebenso gut Kapitalist oder Sozialist sein, und auch wenn ein paar Dinge, die Jesus sagte, reichlich unverblümt nach Kommunismus klingen, lasen gute amerikanische Kapitalisten während des Kalten Krieges weiterhin die Bergpredigt, ohne davon Notiz zu nehmen. So etwas wie eine «christliche Ökonomie», eine «muslimische Ökonomie» oder eine «hinduistische Ökonomie» gibt es schlicht nicht.... (Seite 180 f.f.)

Aus Zuwanderung / Manche Kulturen sind womöglich besser als andere

... Noch hinter all diesen Diskussionen lauert eine viel grundsätzlichere Frage, die unser Verständnis menschlicher Kultur betrifft. Gehen wir in die Zuwanderungsdebatte mit der Annahme, dass alle Kulturen grundsätzlich gleichwertig sind, oder glauben wir, dass manche Kulturen anderen durchaus überlegen sind? Wenn Deutsche über die Aufnahme von einer Million syrischen Flüchtlingen streiten, können sie dann mit irgendeinem Recht davon ausgehen, die deutsche Kultur sei in irgendeiner Weise besser als die syrische? (Seite 202)

Vom Rassismus zum Kulturalismus / Zuwanderung

Vor hundert Jahren hielten es die Europäer für ganz selbstverständlich, dass einige Rassen - allen voran die weiße Rasse - von Natur aus anderen überlegen seien. Nach 1945 wurden solche Ansichten zunehmend geächtet. Rassismus galt nicht nur als moralisch verwerflich, sondern auch als wissenschaftlich diskreditiert. Biowissenschaftler und insbesondere Genetiker haben sehr überzeugende wissenschaftliche Beweise vorgelegt, wonach die biologischen Unterschiede zwischen Europäern, Afrikanern, Chinesen und amerikanischen Ureinwohnern vernachlässigbar sind.

Gleichzeitig jedoch haben Anthropologen, Soziologen, Historiker, Verhaltensökonomien und sogar Hirnforscher eine Unmenge an Daten gesammelt, die die Existenz deutlicher

Unterschiede zwischen menschlichen Kulturen belegen. Wenn alle menschlichen Kulturen im Grunde gleich wären, warum bräuchten wir dann überhaupt Anthropologen und Historiker? Warum sollten wir Mittel dafür bereitstellen, triviale Unterschiede zu erforschen? Zumindest sollten wir dann damit aufhören, all diese teuren Feldforschungen im Südpazifik und in der Kalahariwüste zu finanzieren, und uns damit begnügen, Menschen in Oxford oder Boston wissenschaftlich unter die Lupe zu nehmen. Wenn kulturelle Unterschiede unbedeutend sind, dann sollte das, was wir über einen Harvard-Studenten herausfinden, für einen Jäger und Sammler aus der Kalahari genauso gelten.

Bei näherer Betrachtung räumen die meisten Menschen ein, dass zwischen menschlichen Kulturen zumindest einige gewichtige Unterschiede bestehen, von der Sexualmoral bis hin zu politischen Gewohnheiten. Wie aber sollten wir mit diesen Unterschieden umgehen? Kulturrelativist behaupten, diese Unterschiede implizierten keinerlei Hierarchie und wir sollten niemals eine Kultur über eine andere stellen. Die Menschen mögen unterschiedlich denken und sich unterschiedlich verhalten, aber wir sollten diese Vielfalt begrüßen und allen Überzeugungen und Praktiken den gleichen Wert beimessen. Leider bestehen solche wohlmeinenden Haltungen den Wirklichkeitstest nicht. Menschliche Vielfalt mag wunderbar sein, wenn es ums Kochen und um Poesie geht, aber kaum jemand würde die Hexenverbrennung, den Kindsmord oder die Sklaverei als faszinierende menschliche Eigenheiten betrachten, die man vor dem Zugriff des globalen Kapitalismus und des Coca-Kolonialismus schützen sollte.

Oder denken wir daran, wie unterschiedliche Kulturen sich gegenüber Fremden, Zuwanderern und Flüchtlingen verhalten. Nicht alle Kulturen zeichnen sich durch das gleiche Maß an Akzeptanz aus. Die deutsche Kultur des frühen 21. Jahrhunderts ist gegenüber Fremden toleranter und gegenüber Zuwanderern offener als die saudische Kultur. Für einen Muslim ist es deutlich leichter, nach Deutschland zu gehen, als für einen Christen, nach Saudi-Arabien zu emigrieren. Tatsächlich ist es vermutlich sogar für einen muslimischen Flüchtling aus Syrien leichter, nach Deutschland als nach Saudi-Arabien zu gehen, und seit z. B. hat Deutschland deutlich mehr syrische Flüchtlinge aufgenommen als Saudi-Arabien.' Ähnlich legen gewichtige Indizien nahe, dass die Kultur Kaliforniens im frühen 21. Jahrhundert zugewandlungsfreundlicher ist als die Kultur Japans. Wenn Sie daher der Ansicht sind, Toleranz gegenüber Fremden und Offenheit gegenüber Zuwanderern seien etwas Gutes, sollten Sie dann nicht auch zumindest in dieser Hinsicht die Meinung vertreten, dass die deutsche Kultur der saudischen Kultur überlegen und dass die kalifornische Kultur besser als die japanische Kultur ist?

Selbst wenn zwei kulturelle Normen theoretisch gleichwertig sind, könnte es im praktischen Kontext der Zuwanderung gleichwohl gerechtfertigt sein, die Kultur des Gastlandes als besser zu betrachten. Normen und Werte, die in einem Land angemessen sind, funktionieren unter gänzlich anderen Umständen einfach nicht so gut. Schauen wir uns dafür ein konkretes Beispiel an. Stellen wir uns, um nicht gängigen Vorurteilen zum Opfer zu fallen, zwei fiktionalen Länder vor: Kaltland und Warmland. Die beiden Länder weisen zahlreiche kulturelle Unterschiede auf, zu denen auch ihre Haltung gegenüber zwischenmenschlichen Beziehungen und zwischenmenschlichen Konflikten gehört. Kaltländer sind von Kindheit an so erzogen, dass sie, wenn sie in der Schule, bei der Arbeit oder sogar in der eigenen Familie mit jemandem in Konflikt geraten, diesen Konflikt am besten unterdrücken. Sie sollten vermeiden, laut zu schreien, wütend zu werden oder die andere Person zu attackieren - Wutausbrüche machen die Sache nur noch schlimmer. Es ist besser, sich mit den eigenen Gefühlen zu befassen, während man wartet, bis sich die Dinge ein wenig abgekühlt haben. Unterdessen sollte man den Kontakt mit der betreffenden Person so weit wie möglich einschränken, und wenn er sich nicht ganz vermeiden lässt, sollte man kurz angebunden, aber freundlich sein und heikle Themen nicht ansprechen.

Warmländer hingegen sind von Kindheit an darauf geeicht, Konflikte zu externalisieren. Wenn sich jemand in einem Konflikt befindet, soll er ihn auf keinen Fall vor sich hin köcheln lassen und nichts unterdrücken. Nutze die erstbeste Gelegenheit, um deine Emotionen offen kundzutun. Es ist in Ordnung, wenn du wütend wirst, wenn du schreist und dem anderen auf den Kopf zu sagst, wie du dich fühlst. Das ist die einzige Möglichkeit,

um Dinge auf ehrliche und direkte Weise zu bearbeiten. Ein Tag Herumbrüllen kann einen Konflikt lösen, der ansonsten jahrelang vor sich hin schwelt, und obwohl unmittelbare Konfrontation nie angenehm ist, werden sich alle Beteiligten danach deutlich besser fühlen. ... (Seite 202 f.f.)

In Wikipedia ist Folgendes über den Autor von „21 Lektionen für das 21. Jahrhundert“ zu lesen:

Yuval Noah Harari (* [24. Februar 1976](#) in [Kirjat Ata](#))^[1] ist ein [israelischer Historiker](#) und [Hochschullehrer](#). Er lehrt seit 2005 an der [Hebräischen Universität Jerusalem](#). Er trat zunächst mit Forschungen zur [Militärgeschichte](#) und [universalhistorischen Thesen](#) hervor. Seine populärwissenschaftliche [Monographie *Eine kurze Geschichte der Menschheit*](#) wurde zu einem internationalen [Bestseller](#). Auch die auf die Zukunft zielende Nachfolgepublikation [Homo Deus – Eine Geschichte von Morgen](#) sowie die auf Orientierung in der Gegenwart gerichteten [21 Lektionen für das 21. Jahrhundert](#) erreichten in zahlreichen Übersetzungen eine breite Leserschaft.

Ich habe die Auszüge aus seinem Buch nicht nur so umfangreich eingefügt, weil ich das Buch so begeistert gelesen habe, sondern weil in einer Zeit, wo das Diffamierende als Kampfmittel gegen andere Ansichten, auch wenn sie sachlich vorgetragen werden, als angebrachtes Kampfmittel gesehen werden, einfach wohltuend wirken. Harari blockt meiner Einsicht nach Versuche von Herabsetzungen seiner Sichtweise dadurch ab, indem er verschiedenen Blickwinkel der Betrachtung eines Gegenstandes oder eines Vorganges zu einer Aussage verarbeitet, ohne dass dadurch ein unbekömmlicher Informationsbrei entsteht. Es bleibt aber noch in seinen Darstellungen für Widerspruch und Ergänzungen übrig. Beim Thema: „*Ein Dollar, um sie alle zu regieren.*“ müsste ergänzt werden, ohne die Aussage von Harari zu widersprechen, dass die Benutzung einer Nationalwährung als Weltwährung viele konfliktreiche Probleme mit sich bringt. Wenn man Yuval Noah Hararis Danksagung in dem Buch liest hat er viele Unterstützer für sein Werk gehabt.

00000

Ich fahre fort mit einem Zeugnis aus dem Jahr 1946:

Bertha Heimberg:

Vorschläge zur Bekämpfung und Ausrottung des Judenhasses

Vorbemerkung: Bertha Heimberg (1894-1966) entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Brilon/Sauerland und Essen/Ruhr. In den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg war sie Sekretärin im „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ (GdA) und lernte durch dessen Vorsitzenden Wilhelm Beckmann die Geld- und Bodenreformtheorien von Silvio Gesell kennen. Bertha Heimberg befreundete sich mit Silvio Gesell, engagierte sich im „Freiwirtschaftsbund“ (FWB) und übernahm in enger Zusammenarbeit mit Gesell 1929 die Geschäftsführung des FWB. Nach Gesells Tod im März 1930 hielt sie die Grabrede bei der Trauerfeier.

Nach der Machtübernahme durch die NSDAP am 30.1.1933 organisierte Bertha Heimberg heimliche Treffen mit Anhängern von Gesells Theorien in Essen und floh 1938 vor der Gestapo nach England. Vier ihrer 11 Geschwister kamen während der NS-Tyrannie in Vernichtungslagern ums Leben. Von zwei weiteren Geschwistern fehlte jede Spur. Eines der überlebenden Geschwister, der Bruder Siegfried Heimberg, leitete nach 1945 die Jüdische Gemeinde Dortmund und den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe. 1948 kehrte Bertha Heimberg aus ihrem Londoner Exil nach Essen zurück, wo sie sich wieder für die Geld- und Bodenreformziele Gesells engagierte und 1966 verstarb.

Die nachfolgend wiedergegebenen „Vorschläge zur Bekämpfung und Ausrottung des Judenhasses“ verfasste Bertha Heimberg im März 1946 in ihrem Londoner Exil. Sie blieben unveröffentlicht und wurden nur als vervielfältigtes Manuskript an ausgewählte Freunde weitergegeben. Ein Exemplar dieses Manuskripts wurde kürzlich im Nachlass des Berliner Rechtsanwalts und Notars Klaus Wulsten (1925 – 2018) gefunden. Es gelangte in das „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Die Veröffentlichung von Bertha Heimbergs „Vorschlägen zur Bekämpfung und Ausrottung des Judenhasses“ als historisches Dokument erfolgt auch im Hinblick auf die sich in den letzten Jahren häufenden Angriffe auf jüdische Synagogen, Gedenkstätten und Kultureinrichtungen und auf die Notwendigkeit, den Antisemitismus wieder zurückzudrängen. Zudem enthalten Bertha Heimbergs Vorschläge Gedanken, die bislang in den Auseinandersetzungen um den Antisemitismus und seine Bekämpfung weitgehend fehlen.

Werner Onken, 31.10.2021

Niemand wird leugnen können, dass alle bisherigen Versuche, den Judenhass zu überwinden oder ihn nur wirksam zu bekämpfen, zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben. Es ist deshalb selbstverständlich, wenn nicht gar eine Pflicht, die bisherigen Abwehr- und Kampfmethoden zu überprüfen. Es ist dies umso mehr die Pflicht der überlebenden Juden, da trotz der grausamen Judenverfolgung durch Hitler der Judenhass in der Welt keinen Abbruch erlitten hat. Bevor ich nun zu meinen Vorschlägen komme, eine kurze Einschaltung. Dr. Reiwald, Privatdozent an der Universität in Genf, schlägt vor, das Wort „Antisemitismus“ aufzugeben und für die Sache besser und treffender das Wort „Judenhass“ zu verwenden.[1] Auch ich werde in dieser Arbeit so weit als möglich nur vom Judenhass sprechen, weil es für Außenstehende zumindest die judenfeindliche Bewegung durchsichtiger macht.

Ich rege hiermit an, eine Bewegung ins Leben zu rufen, zusammengesetzt aus Juden und Nichtjuden, die sich folgende Aufgabe stellt:

1. Dem Judenhass der Gegenwart, so weit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, mit neuen wirksameren Mitteln zu begegnen (nur als Zwischenlösung gedacht).
2. Die Erstrebung der völligen Ausrottung des Judenhasses mit zulänglichen Mitteln.

Zu 1:

a) Wir fordern:

Die Aufreizung zum Judenhass wird gesetzlich unter Strafe gestellt.

Begründung: Die Judenhetzer säen, bewusst aufgebaut auf unwahren Behauptun-

gen, blinden Hass, der in Zeiten wirtschaftlicher Störungen (Krisen) und politischer Unsicherheiten oft in Plündern, Brennen, Foltern und Morden mündet. Bei der Bewegung der Judenhetze handelt es sich ganz unzweideutig um die geistige und unmoralische Vorbereitung zu den vorgenannten schweren Verbrechen – Verbrechen, die in anderen Fällen bereits unter schweren Strafen stehen. Mit einem Gesetz, wie es hier vorgeschlagen wird, machen wir die judenfeindliche Bewegung zu dem, was sie ist: zu einer Verbrecherorganisation. Wir entziehen ihr damit den vorgeschobenen wissenschaftlich geistig berechtigten Charakter, nehmen ihr die sogenannte Salonfähigkeit, entziehen ihr die Plattform, von der aus sie gutgläubige, anständige Menschen durch die geschickte Lügenpropaganda an sich ziehen konnten.

b) Die soziale Gesetzgebung des Judentums sollte der Vergessenheit entrissen werden.

Über jüdische Glaubensgesetze, jüdische Staatsgesetze, jüdische Tradition und Lebensführung herrschen im Volk Auffassungen, die in keiner Weise mit der Tatsache übereinstimmen. Die soziale Gesetzgebung des alten Judentums ist ihm unbekannt, so weit sie vom Christentum nicht übernommen wurde oder nur sehr nebensächliche Erwähnung erfährt. Die judenfeindliche Bewegung hat nun außerdem diese sozialen Gesetze sehr oft bewusst falsch interpretiert. Ich fordere daher, dass von guten Kennern der jüdischen Gesetzgebung eine Zusammenstellung der wesentlichen Teile der sozialen Gesetzgebung vorgenommen wird, um sie der breiten Öffentlichkeit durch Wort und Schrift bekannt zu geben. Ich erinnere hier z.B. an „Der Zehnte für die Armen“, die Gesetze der Gastfreundschaft, den strengen Ruhetag auch für alle Arbeitenden, die Vorschriften im Falle eines Todes, das Jubeljahr, das Zinsverbot und vieles andere. Die soziale Gesetzgebung des Judentums war für die damalige Zeitperiode großartig und bahnbrechend, und die Veröffentlichung dieser Gesetzgebung dürfte für eine neue Beurteilung des Judentums bahnbrechend sein. Es steht hier nicht zur Debatte, ob jene soziale Gesetzgebung dem heutigen Stand der Wissenschaft entspricht, obwohl wir in manchem noch nicht darüber hinausgewachsen sind. Die vorgenannte Arbeit soll das Judentum in seinem sozialen Aufbau, seinen geistigen und sozialen Werten erscheinen lassen, um zu beweisen, dass die ihm durch eine Lügenpropaganda angehängte Minderwertigkeit geradezu ins Gegenteil verwandelt wird.

c) Gerichtliche Entscheidung gegen alle Fälschungen des Talmuds etc.

Der ehemalige „Stürmer“ und ähnliche judenfeindliche Zeitungen und Zeitschriften haben regelmäßig Auszüge aus dem Talmud absichtlich gefälscht veröffentlicht. Wir mögen im Augenblick denken, diese Publikationsorgane existieren nicht mehr; daher ist es überflüssig, sich damit zu beschäftigen. Wir sollten aber wissen, dass, wenn die judenfeindliche Bewegung irgendwo wieder stark und offen hervortritt, wenn sie wieder Spezialzeitungen herausgibt, dass sie dann auf die alten Fälschungen zurückgreifen wird. Für viele Menschen bekommt eine Sache sogar den Anstrich der Wahrheit, wenn es sich um alte wieder ausgegrabene Behauptungen handelt, insbesondere wenn diese unwidersprochen blieben. So wie ein Prozess gegen „Die Protokolle der Weisen von Zion“, der 1935 in Bern stattfand, so sollte jetzt ein Prozess eingeleitet werden, der die oben angeführten Fälschungen gerichtlich prüft und durch Gerichtsurteil als Fälschung dokumentiert. Wir entziehen damit der gegenwärtigen und künftigen Judenhetze erneut ein Stück ihrer irreführenden Propaganda. Diese gerichtliche Berichtigung sollte selbst dann vorliegen, wenn die Aufreizung zum Judenhass unter Strafe gestellt wird; sie könnte eine wertvolle Unterlage für das zu erstrebende Gesetz sein.

Wir müssen uns jedoch der Tatsache bewusst sein, dass Verbote, Verträge etc. jederzeit abgeändert werden können, dass die vorgenannten Vorschläge nur Notvorschläge sein können und als Zwischenlösung zu betrachten sind. Wir haben

nach einer Dauerlösung zu streben; doch dann haben wir den Sumpf trocken zu legen, auf dem der Judenhass gedeiht. Bei der Prüfung der Ursache zum Judenhass stoßen wir auf zwei Grundquellen: a) den Judenhass, der dem Religionshass entspringt, und b) den Judenhass aus wirtschaftlichen Gründen.

Zu 2:

a) **Religionsantisemitismus – Religionshass.** Es ist eine nicht zu leugnende historische Tatsache, dass seit Jahrhunderten der Judenhass auf konfessionelle Kämpfe zurückgeht. Diese Seite des Judenhasses ist wiederum stets von Wirtschafts- und Machtkämpfen begleitet gewesen. Der Einfluss, den wirtschaftliche und politische Machtfragen im öffentlichen Leben spielten, sollte auf breiter Grundlage behandelt werden. Ich werde unter 2b) nur andeutungsweise darauf zurückkommen. Hier zunächst nur die rein konfessionelle Seite des Judenhasses.

Da die Juden Christus nicht als Heiland anerkennen, so ist das wohl ein Grund des Gegensatzes prinzipieller Natur, aber es ist keine Hasswurzel, die zu blutigen Pogromen führen würde. Anders dagegen der Kreuzigungstod. Mein Jugenderlebnis – und viele werden mir bestätigen, dass sie Ähnliches erlebten – war ein Judenhass unter den Schulkollegen und Kolleginnen als Folge des Religionsunterrichts, wobei der Kreuzigungstod die Hauptrolle spielte. Die Juden haben unseren geliebten Heiland umgebracht; sie haben ihn ans Kreuz geschlagen – das brachte das Kind aus dem Religionsunterricht mit heim. In Wirklichkeit haben ja die Römer Christus gekreuzigt. Die jüngste Vergangenheit bietet uns einen anschaulichen Vergleich. Wer würde die Staatsbürger jener Länder, die durch Hitler unterdrückt waren, für die Gräueltaten der Nazis verantwortlich machen oder schuldig sprechen? Die Darstellung der Leiden Christi, das Kreuz mit den blutenden Wunden und die Dornenkrone vervollständigen das Bild. Durch den Fortschritt der Wissenschaft wissen wir heute, welche Folgen die Schilderung der Leiden Christi auf ein empfindliches Kindergemüt haben muss. Ist es da verwunderlich, wenn diese Kinder nur zu oft den religiösen Judenhass mit ins Leben hinausnehmen, dass sie nie mehr von dem Eindruck aus der Kindheit loskommen, das antisemitische Religionsgift in sich tragen? Nur ein Beispiel. Aus jenen Kreisen meines Heimatdorfes, die uns als Kinder unter Kindern hassten, weil wir Juden waren, sind dort die Nazis und die Naziführer hervorgegangen. Gewiss hatten sich die meisten unter ihnen unter dem Einfluss der Nazibewegung auch von der Kirche getrennt (es handelt sich hier um die katholische Kirche), aber der Samen für den blutigen Judenhass war in der Religionsstunde gesät worden. Natürlich kamen später andere Einflüsse des Lebens hinzu, die ich im nächsten Kapitel behandeln werde. Das überall öffentlich gezeigte Kreuz als Sinnbild und Wahrzeichen der Kirche hält den Eindruck, den das Kind in der Religionsstunde empfing, wach. Zum besseren Verständnis will ich zu einem Vergleich greifen. Viele Sozialkämpfer, die für irgendein Menschheitsideal kämpften (es ist dabei nebensächlich, ob wir mit ihren Programmen, mit ihrer Zielsetzung übereinstimmen – sie selbst haben an den Wert ihrer Idee geglaubt) haben für ihre Idee am Galgen sterben müssen. Es handelt sich hier keineswegs um Verbrecher; es handelt sich um mutige Sozialkämpfer, die nach ihrer Auffassung für uns, für das kommende Wohl der Menschheit, für Freiheit und soziale Gerechtigkeit am Galgen endeten. Was würde der gebildete, ästhetische und empfindliche Mensch sagen, wenn im Geschichtsunterricht die Leidensgeschichte dieser Sozialhelden bis in alle Einzelheiten der Grausamkeit geschildert und, um die Sache vollständig zu machen, der Galgen zum Wahrzeichen der sozialen Bewegungen erhoben würde, denen die Gehängten angehört haben? Und was würden wir sagen, wenn die Menschen den Galgen als Schmuck tragen würden? Wo ist der Unterschied zwischen Kreuz und Galgen? Was man an edlen Erklärungen für das Kreuz vorbringen kann, kann man ebenso gut auf den Galgen anwenden.

Wir sollten es uns zur Aufgabe machen, die christlichen Konfessionen auf die hier

aufgezeigte Wirkung des gegenwärtigen Religionsunterrichts hinzuweisen, die im schroffen Widerspruch zu dem versöhnenden Teil der christlichen Konfession steht. Es ist des Weiteren zu fordern, dass der Religionsunterricht so erteilt wird, dass im Kind kein blinder Judenhass geweckt wird, dass die Seele des urteilslosen Kindes keinen Schaden nimmt. Sollten die christlichen Konfessionen eine Überprüfung des Religionsunterrichts ablehnen, sollten sie keine Entgiftung des Religionsunterrichts durchführen, dann sind sie in Zukunft nicht von den Folgen der antisemitischen Hetze freizusprechen; sie machen sich zu Mitschuldigen an Pogromen etc. Es bleibt allerdings den Gegnern des Judenhasses überlassen, dann von sich aus ohne Rücksichtnahme die breite Öffentlichkeit im vorgenannten Sinne aufzuklären. Ich kann mir nicht gut vorstellen, dass unter diesem Hinweis sich nun trotzdem die christlichen Konfessionen der Pflicht der Revidierung des Religionsunterrichts entziehen können oder werden.

Die wirtschaftliche Seite des Judenhasses.

b) Eine entscheidende Rolle für die Entfaltung des Judenhasses und der stets wiederkehrenden brutalen Ausbrüche spielen die jeweiligen Wirtschaftszustände, die sich im politischen Leben widerspiegeln. Es gilt dies für die ganze Vergangenheit, wobei das Mittelalter besondere Erwähnung verdient. Es gilt für die Gegenwart und es wird Gültigkeit für die Zukunft haben. In der Abwehrbewegung wird oft darauf hingewiesen, dass Wirtschaftsneid und Berufsneid in hohem Ausmaße die Menschen in die judenfeindlichen Bewegungen treiben, dass Wirtschaftsneid der Haupthintergrund der judenfeindlichen Theorie sei. Ich kann es mir hier daher ersparen, auf diese Tatsache einzugehen. Was fast nie erwähnt wird und was meines Wissens noch nie untersucht wurde, das ist die Bedeutung, die der Zins bei der antisemitischen Vergiftung spielt. Ist es nicht so, dass in der ganzen Welt die Begriffe „Geld, Zins, Jude“ in untrennbaren Zusammenhang gebracht werden, dass diese in der Auffassung der Menschen sich als zusammengehörig widerspiegeln? So taucht die zwingende Frage auf, ob nicht die Zinsfrage die Zentralfrage, die Hauptkraftquelle des Judenhasses ist. Einige kurze Hinweise sollen hier die Aufmerksamkeit auf diese Seite des Problems lenken.

Die katholische Kirche erließ im Mittelalter ein Zinsverbot für ihre Gläubigen. Als Wirkung dieses Zinsverbots trat so großer Kapitalmangel auf, dass der Zinsfuß auf 33 – 50 % stieg und sich sehr lange auf dieser Höhe bewegte. Ganz automatisch wurden nun die Juden die Geldverleiher, in vielen Fällen haben die Juden gegen Entgelt für Christen Geld ausgeliehen, weil diese es ja nicht gegen Zins ausleihen konnten. Und die Fürsten leisteten sich den sogenannten Zinsjuden, um das kirchliche Verbot zu umgehen. In vielen Fällen wurde zwar den Juden ihre persönlichen Zinseinnahmen durch Sondererlasse, Steuern etc. wieder abgenommen, doch den Eindruck, dass sie die Zinserpresser waren, wurden sie damit nicht los. Und die Fürsten, in vielen Fällen die wirklichen Zinseinnahmer, werden nach menschlichem Ermessen alles getan haben, damit kein Makel auf ihre Ehre fiel und dass sich die Empörung gegen die Juden richtete. Man stelle sich nun praktisch vor, welche Schuldenlast und Sorge auf den Schuldner ruht, wenn ein Zins in der vorgenannten Höhe gezahlt werden muss. Die Lage wird für den Schuldner geradezu katastrophal, wenn Krisenjahre hinzutreten, wenn die Schuldner außer Stande sind, den laufenden Zins zu zahlen, sodass zur alten Urschuld noch Zins und Zinseszins hinzuwachsen. Ich bitte die Leser, bei dieser Tatsache einen Augenblick zu verweilen, um sich die Wirkung in Zahlen ausgedrückt vorzustellen. Und dieser Vorgang hat sich im Mittelalter gerade um die Zeit der Pogrome abgespielt. Auf der einen Seite verschuldete, hart arbeitende Menschen, die oft Kredit aufgenommen hatten, um ihre Lage zu verbessern und dabei unter der Wirkung der Krise in erdrückende Schuldenabhängigkeit gerieten, die oft zum Ruin führte – auf der anderen Seite die Gläubiger, die ohne große Mühen hohe Zinseinnahmen hatten. So kam es, dass man damals im Juden den Zinserpresser sah, und das hat sich bis auf den heuti-

gen Tag in der Vorstellung der Menschen erhalten.

Dass Zins und Judenhass in Verbindung stehen, wird gegenwärtig, wenn wir die jüngste Vergangenheit in Deutschland prüfen. Als sich der Zinsfuß 1924 zwischen 10 – 15 % bewegte und dadurch insbesondere die vielen kleineren und mittleren Betriebe zu Kreditaufnahmen griffen, um weiter existieren zu können und dabei in erhöhte Schwierigkeiten gerieten, hatte die Nazibewegung mit ihrer gefälschten Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ den großen Werbeerfolg in mittelständischen Kreisen. Ganz selbstverständlich wurden „Geld, Zins, Banken und Juden“ in einem Atemzug genannt, als etwas Zusammengehöriges propagiert. Es ist allgemein bekannt, dass die Nazibewegung gerade im Mittelstand den ersten und größten Werbeerfolg hatte. Vorgenanntes war eine der Ursachen.

Sehr groß war und ist der Judenhass unter den Landwirten. Eine Untersuchung ergibt auch hier eine unmittelbare Verbindung mit dem Zinsproblem, allerdings als Wirkung des privaten Bodenbesitzes. Während ich mich heute auf das Zinsproblem beschränke, müsste auch diese Seite des Problems in der weiteren Prüfung behandelt werden. Großgrundbesitzer und private Bauern als private Bodenbesitzer verfügen sehr oft nicht über die nötigen Barmittel, um im Falle einer Erbteilung die Erbberechtigten abzufinden. Wo der Erbanteil von den Miterben nicht gestundet werden kann oder wird, muss dann Geld leihweise aufgenommen werden. Da die Juden in früheren Jahrhunderten keine Bodenbesitzer sein konnten, setzte sich ihr Besitz vorwiegend aus Bargeld zusammen. So ging man in vielen Fällen zum Juden, wenn man Geld aufnehmen musste. Der neue Hofbesitzer hat nunmehr alljährlich den Zins aufzubringen (natürlich, auch wenn die Miterben den Betrag stunden). In der Konjunktur wirkt der in alle Preise einkalkulierte Zins nicht erdrückend. Die Situation ändert sich, sobald eine Krise hereinbricht. Während der Krise muss der Landwirt seine Produkte billiger verkaufen, denn jede Krise ist mit allgemeiner Preissenkung verbunden. Die Höhe des Umsatzes geht zurück, während die Höhe der Schuld und die Zinsenlast die gleiche bleibt.[2] Diese einfache Tatsache ist die Ursache der viel bekannten Not der Landwirtschaft. In der Krise wird die Schuldsumme zu einer erdrückenden Zinslast. Wo nun Juden die Gläubiger sind, sieht der Landwirt in ihm den Zinserpresser, da ihm aus den voraufgegangenen Jahrhunderten der Ruf als Geldausleiher und Zinserpresser noch anhaftet; ja, er sieht in ihm den Schuldigen an seiner Notlage.

Dass unsere heutige Wirtschaft von Konjunktur zur Krise pendelt, dass die heutige auf Rentabilität eingestellte Wirtschaft die Ursache ist, weiß der Landwirt nicht. Schon aus Tradition, schon konfessionell feindlich gegen die Juden eingestellt, ist es dann bis zum verbissenen Judenhass nur noch ein Schritt. Wer die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsvorgängen und Judenhass kennt, wundert sich daher nicht mehr, dass der Judenhass bis hinauf in die Kreise der Großgrundbesitzer seine besten und verbissensten Vertreter hat. Da die Juden insbesondere in früheren Jahrhunderten fast nur auf den Handel angewiesen waren, der nicht im gleich guten Ruf wie das Handwerk stand, von welchem man sie vielfach ausschloss, so ist es ein Leichtes, eine judenhetzende Propaganda auch von dieser Seite aus zu entfalten. Es ist daher auch wichtig zu untersuchen, warum der Handel einen vielfach unreellen Ruf hat. Meine Untersuchungen haben ergeben, dass diese Tatsache mit den vielfach schwankenden Preisen, die den Handel unübersichtlich machten (die Preisschwankungen waren durch Eingriffe in die Währung hervorgerufen worden), und der Unsicherheit der damals und noch heute geltenden unsicheren Wirtschaftszustände zusammenhing.[3] Es soll hier auf diese schicksalschweren Vorgänge nur hingewiesen werden. Eine ausführliche Bearbeitung dieser Seite des Einflusses behalte ich mir vor.

Im bisherigen Abwehrkampf ist des Weiteren dem Krisenproblem kaum eine beachtliche Aufmerksamkeit gewidmet worden. Dabei wird niemand leugnen können, dass der Antisemitismus in Konjunkturjahren kaum hervortritt, dagegen in Krisenperioden immer wieder öffentlich ausbricht. Unsere gegenwärtige Wirtschaftsordnung ist nicht krisenfrei; nach einer Periode guter Konjunktur bricht stets wieder eine Krise aus, sobald die Wirtschaft unrentabel wird, d. h. wenn der Zinsfuß so tief gesunken ist, dass man volkswirtschaftlich von der Unrentabilität der Wirtschaft spricht. In Krisenzeiten, wenn die Geschäftslage schlecht ist, wenn die Menschen arbeitslos werden, entbrennt stets der Kampf gegen Eingewanderte, gegen Ausländer. An diesem Kampf des täglichen Brotes, der Ausschaltung der Konkurrenz haben Unternehmer und Arbeitnehmer gleiches Interesse. Doch Eingewanderte, die eingebürgert wurden, gelten schon in der zweiten Generation nicht mehr als Fremdlinge, weil niemand weiß oder kaum weiß, wer ein Eingewanderter war. Das ist anders bei den Juden. Infolge des Religionsunterrichts weiß ein jeder, dass die Juden Eingewanderte, also Ausländer sind. Es wird sich daher der Fremdenhass gegen die Juden so lange erhalten, als es entweder jüdische und christliche Konfessionen mit entsprechendem Religionsunterricht oder Krisen gibt.

Ob es uns gefällt oder nicht, die Lösung der Judenfrage ist nicht von der Lösung der sozialen Frage zu trennen und die soziale Frage andererseits ist nicht zu lösen, wenn wir nicht die Zinswirtschaft überwinden. Wir haben uns daher mit dem Zinsproblem auseinanderzusetzen, wenn wir den Judenhass mit Dauererfolg bekämpfen wollen. Im Hinblick auf die furchtbaren Wirkungen des Judenhasses zu allen Zeiten halte ich es für meine Pflicht, Sie auf Silvio Gesell und sein grundlegendes Werk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ hinzuweisen. Es handelt sich hier um eine neue bahnbrechende Erkenntnis über Ursache und Überwindung der unsozialen, so viel Hass und Not säenden Wirtschaftszustände. Es ist ein neuer aufgezeigter Weg zur Aufrichtung einer krisenlosen, gerechten Wirtschaft. Der neue Weg sieht die Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft, die Vermeidung der Verstaatlichung der Betriebe oder planwirtschaftlicher Bestrebungen vor; er wird hingegen durch die Bodenbesitzreform und Geldreform eine wahre Wirtschaftsdemokratie und einen von jeden Machteinflüssen und Vorrechten bereinigten Liberalismus aufrichten. Diese Wirtschaftsordnung soll auf der Freiheit des Individuums aufgerichtet sein unter Ausschaltung der heutigen Möglichkeiten der Ausbeutung. In einer geordneten, gesunden, gerechten, krisenfreien Wirtschaft ist wohl Platz für einen natürlichen, gesunden Wettbewerb, aber es ist dort kein Platz für gegenseitigen Hass. Der Judenhass kann sich nur in unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung entfalten – er stirbt graduell mit der Umgestaltung der Wirtschaftszustände ab.

Es kann natürlich nicht die Aufgabe dieses Entwurfs sein, die Leser mit dem Gesamtwerk Silvio Gesells vertraut zu machen. Ich will und kann hier nichts anderes tun als die Aufmerksamkeit daraufhin zu lenken. Die Ausrottung des Judenhasses ist m.E. nun keine Frage des Könnens mehr – es ist eine Frage des aufrichtigen, mutigen Wollens.

[1] Anm. des Herausgebers: Paul Reiwald (1895-1951) war bis 1933 Jurist und Kriminalpsychologe in Berlin. Weil seine Bücher – u.a. „Die Gesellschaft und ihre Verbrecher“ – während der NS-Zeit nicht verbreitet werden durften, emigrierte Reiwald zunächst nach Brüssel und dann nach Genf, wo er als Dozent für Massenpsychologie tätig war.

[2] Siehe hierzu die Vorschläge Silvio Gesells, das Geld so zu verwalten, dass weder Inflation noch Deflation eintritt, sondern die gleichbleibende Durchschnittskraft des Geldes – Festwährung genannt – erzielt wird.

[3] Der Unsicherheit und Schwierigkeiten der Verkehrs- und Transportmöglichkei-

ten früherer Jahrhunderte.

Quelle: <https://www.sozialoekonomie.info/kritik-antwort/kritik-antwort-5-zur-person-silvio-gesell/kritik-antwort-5-2-bertha-heimberg-vorschlaege-zur-bekaempfung-und-ausr.html>

00000

Zwischenbermerkung

Zwischendurch kommt bei mir die Frage schon hoch, was ich hier eigentlich mache. Ich arbeite nicht an einem Glaubensbekenntnis, nicht an einem politischen Programm, an keinem Lehrbuch und auch nicht an einem Roman. Auch beherrsche in PC-Technik nur mangelhaft und das Sitzen zum Lesen und Schreiben sind meiner angeschlagenen Gesundheit abträglich. Meine Zeit, die ich noch zu leben habe, muss ich schon Vierteljahre schätzen, damit da eine tröstliche Zahl herauskommt. Mein Versprechen nach letzten Krankenhausaufenthalt, mich nur noch vorwiegend um Familienangelegenheiten zu kümmern, läuft Gefahr gebrochen zu werden. Eine Wirkung von meinen Bemühungen kann ich mir nicht wirklich versprechen. Für den jetzigen „politischen Aufbruch“ sehe ich – obwohl ich mich nicht als Pessimist verstehe – schon den Abbruch, das Scheitern kommen. Dass der notwendige Wandlungsanschub von den amtlichen Kirchenvertretern kommt, ist unwahrscheinlich, sie werden vermutlich lieber das Schrumpfen ihre Mitgliederzahlen in Kauf nehmen, als in ihrer Gesamtheit bekennen zu müssen, dass sie bisher wenig dafür getan haben, dass ihre frohe Botschaft etwas für die Lebenden im Diesseit ist und nicht nur für die Toten im Jenseit ist. Wenn ich dann noch bedenke, dass ein solches *Info*, wie ich es hier produziere, rein rechnerisch geringere Chancen hat, beachtet zu werden, als die Abgabe der richtigen Zahlenreihe für den Hauptgewinn im Lotto, dann hinterlässt es doch die Frage, was mich eigentlich antreibt. Könnte man die unbewusste Wahl der Motive in meinem Kopf sichtbar machen, würden sie ein erfreuliches Bild zeigen?

00000

Für Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, die doch irgendwie oder irgendwo die Zeilen, die ich hier produziere, lesen, fahre ich weiter fort, auf Quellen hinzuweisen. Ich beginne mit dem **CGW Rundbrief 25/2 Juni 2025**. Das Kürzel CGW steht für Christen für gerechte Wirtschaftsordnung. Die Beiträge können direkt unter www.cgw.de im Netz abgerufen werden. Der erste Beitrag lautet: CGW-Beiratstagung / Mai 2025“ dort hat man als Notizen festgehalten. >> Eigentum – Was kann „Eigentum“ sein? – Was kann nicht Eigentum sein? << Dann ist auch dem Artikel „Zwölf Artikel der Bauernschaft“ „Die Wiedergabe einer 'Flug-

schrift der Artikel von 1525' interessant. Der Beitrag „**Dr. Benedikt Uhlemayr** / ein Mitarbeiter des allerersten kleinen Kreises für die Verbreitung der Geld- und Bodenreformtheorien Silvio Gesells“ zeigt, wie es ihm unter der Herrschaft der NSDAP ergangen ist. Verfasser ist Werner Onken. Mit dem Beitrag von Jörg Gude, der da lautet: '**Mit Keynes und ohne Trump** / Mit Keynes Vorschlag für eine Weltwährungsordnung hätte Trump keine Chance gehabt' kann man gleich sehen, dass es beim Geld vom dem Brötcheneinkauf bis zu Zollerhöhungen in schwindelnder Höhe gehen kann.

00000

Der nachfolgende Text >>**Wege zu einer gerechten Bodenordnung**<<

ist ein Auszug aus einer Dissertation vom Dezember 2010

von *Bernadette-Julia Felsch*

Sie ist im Original im DIN A 4-Format und 1 ½ -zeilich geschrieben.

Die zahlreichen Fußnoten in der Hauptsache Quellennachweise habe ich nicht übernommen.

Wege zu einer gerechten Bodenordnung

DIPLOMARBEIT

nach Maßgabe der Diplomprüfungsordnung
für Studenten der Hochschule für Politik
zur Erlangung des akademischen Grades eines
Dipl.sc.pol.Univ.

der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Sozialwissenschaftliche Fakultät -

Erstgutachter: Professor Dr. phil., Dipl.-Theol. Franz Theo Gottwald

Zweitgutachter: Dr. rer. pol., Dipl. sc. Pol. Univ., Diplomfinanzwirt (FH) Franz Kohout

Vorgelegt von: **Bernadette-Julia Felsch**

München, den 27. Dezember 2010

Seite 1

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	4
2. Einleitung und Themenstellung.....	5
3. Bodenrecht und Bodenpolitik.....	7
3.1 Die historische Entwicklung des heute bestehenden Bodenrechts.....	7
3.2 Die Ressource Boden in der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit.....	14
3.2.1 Globale Verknappung der Ressource Boden.....	14
3.2.2 Der Boden- und Wohnungsmarkt in Deutschland.....	15
3.2.2.1 Grundsätzliches zum deutschen Bodenmarkt.....	16
3.3.2.2 Zur Verteilung von Grundvermögen.....	19

3.2.2.3 Boden- und wohnungspolitische Besonderheiten.....	22
3.3 Bodenpolitik in Deutschland.....	24
3.3.1 Bodenpolitische Reformprozesse auf bundespolitischer Ebene (seit 1945).....	24
3.3.1.1 Bodenrecht im Deutschen Einigungsprozess.....	25
3.3.1.2 Versuche zur Installation eines Planwertausgleichs.....	27
3.3.1.3 Fazit zur bundesdeutschen Bodenpolitik.....	30
3.3.2 Kommunale Bodenpolitik am Beispiel der Landeshauptstadt München	31
3.3.2.1 Die Situation auf dem Münchner Wohnungsmarkt.....	32
3.3.2.2 Boden- und Wohnungspolitische Stadtentwicklung.....	36
3.3.2.3 Erhaltungssatzung.....	38
3.3.2.4 Kommunales Vorkaufsrecht.....	39
3.3.2.5 Zweckentfremdungssatzung.....	40
3.3.2.6 Erbbaurecht.....	41
3.3.2.7 Fazit zur Münchner Bodenpolitik.....	41
3.4 Beispiele aus anderen Staaten und globalen Regionen.....	42
3.4.1 Länder in Europa.....	42
3.4.1.1 Schweden.....	42
3.4.1.2 Dänemark.....	45
3.4.1.3 Niederlande.....	47
3.4.1.4 Russland.....	48
3.4.2 China	49
3.4.3 Lateinamerika.....	51
Seite 2	
3.4.4 Afrika.....	56
3.5 Die aktuelle Problematik der „Landnahme“	57
4. Kritik an der bestehenden Bodenordnung.....	63
4.1 Umweltpolitische Kritik	63
4.2 Sozialpolitische Kritik: Gerechtigkeit und Legitimität von Grundeigentum	69
4.2.1 Die grundsätzliche Frage nach der Gerechtigkeit.....	69
4.2.2 Grundlegendes zur Eigentumstheorie.....	75
4.2.2.1 Vor- und Nachteile des Bodenprivateigentums	76
4.2.2.2 Boden in Gemeineigentum: Vor- und Nachteile	78
4.2.3 Theorien über Gerechtigkeit und Legitimität von Grundeigentum	81
4.2.3.1 Theorien der Antike (Platon, Aristoteles).....	81
4.2.3.2 Theorien des Mittelalters (Thomas von Aquin und Thomas Morus).....	83
4.2.3.3 Theorien der Neuzeit (Grotius, Locke, Rousseau und Smith).....	84
4.2.3.4 Theorien der Moderne (Frühsozialisten, Marx und Sozialreformer)	89
4.2.3.5 Theorien der Gegenwart	101
5. Wege zu einer gerechten Bodenordnung.....	101
5.1 Bereits existierende Initiativen.....	101
5.1.1 Auf internationaler Ebene.....	102
5.1.2 Zivilgesellschaftliche Initiativen.....	103
5.1.2 Genossenschaftliche Modelle.....	105
5.1.4 Selbstverwaltung nach der Commonstheorie	107
5.2 Schlussfolgerung.....	110
6. Quellennachweis.....	120
7. Anhang	135

Seite 3

1. Vorwort

Meine Kommilitonen reagierten in der Regel stets sehr verwundert, wenn ich auf Nachfrage erzählte, das Thema meiner Diplomarbeit sei Bodenrecht. Nicht zuletzt diese Reaktionen zeigten mir, dass offenbar weder der Wert, noch rechtliche Fragen, noch das Eigentum an Grund und Boden – immerhin einem begrenzten und nicht vermehrbaren Gut, das jeder buchstäblich bei Schritt und Tritt benötigt – in Frage gestellt werden. Im Rahmen des Globalisierungsprozesses und in Folge der weltweiten Finanzmarktkrise haben sich in den letzten Jahren viele Diskussionen um alternative Ansätze zur kapitalismusbasierten Gesellschaftsordnung entwickelt und viele Regeln und Parameter, die bislang kaum hinterfragt wurden, werden mittlerweile neu durchdacht. Die Erkenntnis der Schattenseiten der in den letzten Jahrzehnten forcierten Privatisierungen führte z.B. zu einer Wiederentdeckung der Gemeingüter. Elinor Ostrom erhielt 2009 (zusammen mit Oliver E. Williamson) den Wirtschaftsnobelpreis für ihre Analyse, auf welche Weise Gemeingüter (im Englischen „commons“), wie zum Beispiel Fischgründe, Weiden und Grundwasserreservoirs, nachhaltig genutzt werden können. Die Probleme rund um die Nutzung des (über-)lebenswichtigen Allgemeingutes Wasser werden inzwischen auch in den Massenmedien ausgiebig behandelt. Die Frage nach dem Gut Boden wird dagegen bislang - wenn überhaupt - meist nur am Rande gestellt.

Den Anstoß für mich persönlich, über das Bodenrecht nachzudenken, gab bereits Mitte der 90er Jahre ein Text im Deutschunterricht. Meine damalige Deutschlehrerin teilte als Untersuchungsgegenstand für eine Textanalyse einen augenscheinlich viele Jahre immer wieder-kopierten Artikel von Hans-Jochen Vogel aus dem Jahre 1971 aus, in welchem er die Bodenspekulation kritisierte.¹ Der einprägsame Titel „Bodenloses Bodenrecht“ und die hierin von Vogel angesprochenen Probleme blieben mir über viele Jahre im Gedächtnis und wurden wieder besonders aktuell, während ich von 2004 bis 2007 im Amt für Wohnen und Migration der Landeshauptstadt München arbeitete. Dort beobachtete ich, dass auf den dort zu überprüfenden Grundbuchauszügen immer wieder die selben Familien- oder Firmennamen aufgeführt waren und diese Eigentümer wiederholt Anträge auf Abriss alter Einfamilienhäuser und zur Neuerrichtung großer Wohnanlagen stellten. Ich begann über Ursachen und Wirkungen nachzudenken, über die vergleichsweise hohen Münchner Mieten und fragte mich, ob vor diesem Hintergrund z.B. die steuerfinanzierte Zahlung von „Wohngeld“ im Prinzip

Seite 4

nicht eine „Umverteilung von unten nach oben“ darstellt. Schließlich stammen die Mittel hierfür hauptsächlich aus der Besteuerung von Arbeitseinkommen und kommen oft Vermietern zugute, die ihren Lebensunterhalt offensichtlich allein aus ihrem (Immobilien-) Vermögen bestreiten. Zuständig auch für die Überwachung von Erhaltungssatzungen, mit welchen die Landeshauptstadt München versucht, die angestammte Bevölkerung vor Verdrängung aus ihrem Viertel zu schützen², bekam ich aus erster Hand mit, dass der so genannten „Gentrifizierung“³ nur selten etwas entgegengesetzt werden kann. Mir ist bewusst, dass man die Münchner Verhältnisse nicht exemplarisch für Gebiete verwenden kann, in denen die Nachfrage nach Immobilien (zum Beispiel aufgrund von Strukturproblemen oder demographischem Wandel) abnimmt. Dennoch habe ich für die nähere Betrachtung der regionalen und kommunalen Auswirkungen der gegenwärtigen Bodenpolitik das Beispiel München ausgewählt, weil hier die überwiegend marktwirtschaftlich geregelten und siedlungsbedingten Probleme der Bodennutzung bereits besonders ausgeprägt sind. Im Rahmen dieser Arbeit möchte ich die hier vorab kurz skizzierten Überlegungen ausführen und analysieren, ob und welche Instrumente es gäbe, um hierzulande eine gerecht(er)e Bodenordnung zu ermöglichen.

2. Einleitung und Themenstellung

Boden ist in mehrfacher Hinsicht ein gesellschaftlich besonders bedeutsames Gut: Zunächst als Lebensraum für Flora, Fauna und den Menschen (biotisches Potential). Letzterem dient der Boden in vielfältiger Hinsicht: Zunächst sichert er die Ernährung, denn der Boden ist Grundlage der Landwirtschaft und Grundwasserversorgung. Außerdem nutzt der Mensch das Flächenpotential des Bodens unter anderem als Wohn- und Arbeitsraum, als sozialen Begegnungsraum, zur Erholung und in Form von Verkehrsflächen. Des Weiteren ist der Boden wichtigster Rohstoffträger (abiotisches Potential). Im Rechtsinstitut des Privateigentums

erhält Boden darüber hinaus einen Warencharakter, was ein Schwerpunkt dieser Arbeit sein wird. Die Multifunktionalität des Bodens bringt Mangel- und Konkurrenzsituationen der verschiedenen Interessen mit sich, die nicht selten ein hohes Konfliktpotential in sich bergen. Doch vor allem ist Boden aber ein nicht von Menschen geschaffenes, in der Fläche nahezu

Seite 5

nicht vermehrbares und als Ressource nicht oder nur mit immensen Mühen erneuerbares Gut. Die Knappheit der Ressource Boden wird durch die wachsende Weltbevölkerung sowie den Klimawandel und durch zahlreiche hieraus resultierende Folgen wie Versiegelung, Erosion, Umweltverschmutzung und Überschwemmungen verstärkt. In der aktuellen (Experten-) Diskussion hat sich deshalb bereits der Begriff des „Peak Soil“ manifestiert.

Das Thema „Boden“ wirft deshalb viele Fragen auf, die in dieser Arbeit angesprochen werden: Müsste die gleiche Zugänglichkeit und der Schutz des Gutes Boden nicht eigentlich als Menschenrecht anerkannt werden, wie das inzwischen zunehmend verbriefte Recht auf Wasser? Steht die Tradition, Boden (neben Arbeit und Kapital) schlicht als Produktionsfaktor anzusehen, nicht im Widerspruch zu menschenrechtlichen Fragen? Kann es überhaupt privates Eigentum an Boden geben? Und woraus resultiert die Tradition, Boden vorrangig als Ware und Privateigentum anzusehen?

Neben einer Darstellung der bodenrechtlichen Ist-Situation soll auch die klassische philosophische Frage nach Eigentum und Gerechtigkeit beleuchtet werden, um schließlich zu klären, ob rechtliche Instrumente, wie Eigentums- und / oder Nutzungsregeln denkbar sind, um die in dieser Arbeit thematisierten Probleme entschärfen oder sogar verhindern zu können. Neben der Eigentums- und Verteilungsproblematik, sind eng mit der Bodenfrage verknüpfte Themen wie Wohnungspolitik, Ernährungssicherung und Bodenschutz weitere Schwerpunkte dieser Arbeit. Die gesamte globale bodenrechtliche Problematik zu erörtern, würde den Umfang einer Diplomarbeit sprengen, weshalb die Erörterung mancher Aspekte gelegentlich nicht so ausführlich erfolgen kann, wie es die vielschichtige Problematik eigentlich erfordern würde. Um Wiederholungen zu vermeiden wird oft auf andere Textstellen in dieser Arbeit verwiesen. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf die bodenrechtliche Situation in Deutschland und auf einige ausgewählte Alternativbeispiele aus anderen Ländern. Die Auswahl dieser Beispiele erfolgte dabei nach bodenpolitischen Besonderheiten bzw. besonders positiven oder negativen beobachtbaren Folgen der jeweiligen Bodenpolitik. Alle Zitate aus Internetquellen sind auf der beigelegten CD zu finden. Bei direkten Zitaten habe wurde die Rechtschreibung des Originaltextes übernommen.

Seite 6

3. Bodenrecht und Bodenpolitik

Bodenrecht, die Art der Bodenbewirtschaftung und die Betrachtung von Grund und Boden als Gemeinschafts- oder Privateigentum, waren und sind vor allem kulturbedingt. Es lässt sich feststellen, dass privates Bodeneigentum in den Industrieländern seit langem als Selbstverständlichkeit gilt. Doch auch in anderen Kulturkreisen, in denen Boden teilweise traditionell als Gemeineigentum bzw. als „Niemandes Eigentum“ galt, hat sich dies inzwischen weitestgehend geändert. Auch hier herrscht inzwischen das Rechtsinstitut von privatem Grundeigentum vor. Diese Entwicklung erfolgte in der Regel zunächst durch Kolonialisierung oder Emigration und später durch den marktwirtschaftlichen Globalisierungsprozess sowie teilweise auch durch Vorgaben von Globalinstitutionen wie IWF und Weltbank (deren Politik bislang von den Industrieländern dominiert wurde).

3.1 Die historische Entwicklung des heute bestehenden Bodenrechts

Vor einer dauerhaften Sesshaftwerdung war der Besitz an Grund und Boden uninteressant. Beispielsweise ist durch Tacitus' „Germania“ überliefert, dass es in germanischen Stämmen üblich war, neues Land durch Urbarmachung in Besitz zu nehmen, sobald die Fruchtbarkeit des bestellten Bodens nachließ. Die hölzernen Blockhütten konnten abgebaut und an einem anderen Ort wieder neu errichtet werden. Den einzelnen Sippen wurden Nutzungsrechte am neu besiedelten Land zugeteilt. Nach Errichtung des Limes und anderer Schutzwälle durch die Römer um das zweite Jahrhundert herum, wurde diese Gewohnheit allerdings zunehmend schwieriger und die wandernden Stämme wurden allmählich auf Dauer sesshaft. Die Römischen und germanischen Kulturen und Sitten begannen, sich durch regen Austausch und Völkerwanderungen zu vermischen. Ab dem 4. Jahrhundert entstanden unter Kaiser Theodosius erstmals germanische Volkssiedlungen auf römischem Boden: „Die Germanen [wurden] als „Föderaten“ in das Römische Reich aufgenommen und auf Kolonengütern einquartiert.“ Nachdem das Christentum im Römischen Reich zur Staatsreligion ernannt worden war, konnte die Kirche, die dadurch zu einer juristischen Person geworden war, selbst Grund und Boden besitzen. Im Laufe der folgenden Jahrhunderte wurde die Kirche zu einem der größten Grundeigentümer, denn „die Sorge um ihr Seelenheil beflügelte viele Menschen,

Seite 7

der Kirche ihre Grundstücke zu schenken oder zu vererben.“⁸ Der ostgotische Kaiser Theoderich siedelte um das Jahr 500 n. Chr. herum weitere Goten im heutigen Italien an, wobei es seitens der Römer keine großen Widerstände gegeben zu haben scheint. Angesichts der Tatsache, dass es auch Konflikte gab (wie z.B. die Plünderung Roms durch die Vandalen im Jahre 455 n. Chr.), erscheint dies nicht selbstverständlich. Es wird deshalb vermutet, dass Theoderich den inneren Frieden nicht nur durch Gleichbehandlung der germanischen und römischen Christen in einem Vasallen- und Beamten-Staat sicherte, sondern auch geschickt handelte, indem er den Goten nur bis dato herrenloses und brachliegendes Land übertrug, sodass keine Römer enteignet werden mussten. Der germanische Brauch des gemeinschaftlichen Eigentums am Boden einer Siedlungsgemeinschaft mischte sich fortan mit der römischen Tradition der Klientelwirtschaft. Letztere gilt als Vorläufer des

im Frühmittelalter entstandenen Feudalismus, denn es war bei den Römern üblich, dass der Patron seine Klienten nach der Freilassung unter anderem dadurch weiterhin eng an sich band, indem er ihnen Grund und Boden überließ. Der Ursprung dieser Tradition wiederum liegt vermutlich in Griechenland: Solon hatte hier 594 v. Chr. eine erste Bauernbefreiung verwirklicht, die zwar nicht zu einer Neuverteilung von Landbesitz führte, wohl aber zur „[...] Festsetzung eines bestimmten Größenumfangs [...]“ und zu einer „[...] auf Bodenertrag und Produktion eingestellten Klassenordnung.“ Sparta stellte in Bezug auf Landbesitz übrigens - wie auch in manch anderer Hinsicht - einen Gegenentwurf zur Athener Gesellschaftsordnung dar: Grundbesitz wurde hier verlost und war unveräußerlich.

Lange Zeit bestanden somit parallel unterschiedliche Traditionen des Bodeneigentums die allenfalls teilweise angeglichen wurden: Bei germanischen Stämmen gab es einerseits weiterhin die „Allmenden“ in Form von gemeinschaftlich genutzten Weiden und Wäldern, während andererseits das umfriedete Hofland nach Vorbild der römischen Tradition bereits als „Allod“, also als alleiniges Sondereigentum der jeweiligen Sippe galt.

Das germanische Recht war im Gegensatz zum römischen Recht kein geschriebenes, sondern „ein auf einer vernünftigen Ordnung beruhendes, ungeschriebenes und mündlich weitergegebenes Volksrecht“¹⁴, das regelmäßig auf gemeinschaftlichen Versammlungen namens „Thing“ besprochen wurde. Dies galt auch für Konflikte und in Bezug auf den Boden. . . .

Seite 8

... KARL MARX (1818–1883) erfand die „Trinitarische Formel“, wonach die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital eine ökonomische Dreieinheit darstellen, auf der jede Produktion beruht und die einem Produkt seinen Wert gibt. Zugleich ermöglicht sie die Aneignung eines Teils des Produktionswertes: Arbeit wird durch Lohn, Boden durch Pacht/Miete/Grundrente und Kapital durch Zins entlohnt. Ein Bodeneigentümer benutze also sein Eigentumsmonopol am Produktionsfaktor Boden, um sich über den Mietzins einen Teil

Seite 94

der Wertschöpfung anzueignen, obwohl der Boden selbst mit der Wertschöpfung im eigentlichen Sinne gar nichts zu tun habe. Zugleich bestehe aber auch eine „antagonistische Kooperation“, weil alle drei Produktionsfaktoren notwendig, zugleich aber auch gegensätzlich sind und in der Regel unterschiedliche Klassen über sie verfügen. Aus dem Kooperationszwang entstehen folglich Klassenkonflikte um das Produktionsergebnis bzw. den Gewinn. Aufgabe des Staates wäre laut Marx, eine gerechte Lösung zu finden, welche die legitimen Ansprüche der einzelnen Klassen in Einklang bringt. Er sah die Rolle des seiner Zeit real existierenden Staates jedoch kritisch. So heißt es im Kommunistischen Manifest: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“

Die Aneignung von Boden beschreibt Marx im 24. Kapitel seines Werkes „Das Kapital“ als „ursprüngliche Akkumulation“: Er verweist als Beispiel u.a. auf die englische Einhegungsbewegung ab dem 15. Jahrhundert. Die Usurpation dieses Landes und die „Expropriation des Landvolks von Grund und Boden“ qualifiziert er als gewaltsam und kausal für den Kapitalismus. Die Befreiung der Landarbeiter verlaufe für diese negativ, weil die neue Klasse von Pächtern und die alten Fürsten das vorher kollektiv genutzte Gemeindefeld nun in privates

Grundeigentum verwandelten, ohne dass sie dafür hätten angemessen zahlen müssen. Ehemalige Landarbeiter werden vertrieben und seien deshalb auch nach Abschaffung der Leibeigenschaft nicht frei, sondern „frei im doppelten Sinne“: Zwar sei der Arbeiter nun rechtlich frei, denn er habe die Wahl, wem er seine Arbeitskraft verkaufe, aber er sei zugleich „frei von allen Lebens- & Produktionsmitteln“, was bedeutet, dass der Arbeiter der Notwendigkeit unterliegt, seine Arbeitskraft ausbeuten zu lassen. Der Arbeiter sei also im Endergebnis nach wie vor unfrei. Das ehemals persönliche Herrschaftsverhältnis sei nur einem unpersönlichen Herrschaftsverhältnis gewichen. Falsch sei deshalb auch der liberale Freiheitsbegriff, der (wie bei Locke oder Smith) die Begriffe Freiheit und Eigentum verknüpft. Die Freiheit und deren Anerkennung treffe nur auf die Bourgeoisie (die besitzende Klasse) zu, nicht aber auf die arbeitende Klasse der Citoyens (Staatsbürger), weil diese ein von den Kapitalisten abhängiges Dasein fristen. In Kapitel 25 von „Das Kapital“ beschreibt Marx die Kolonisation und somit die globale

Seite 95

Ausbreitung von privaten Grundeigentumsrechten und Kapitalismus, die zu weltweiter „Ausbeutung“ der arbeitenden Klasse führte.

Als Alternative zur kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft stellte sich Marx ein (sich aus der Not des Proletariats heraus selbst realisierendes) „Reich der Freiheit“ vor, wofür er die Bezeichnung "Kommunismus" wählte. Gemeint war damit eine klassenlose kooperative Gemeinschaft ohne Privateigentum. Die nähere Ausgestaltung dieser angestrebten nachrevolutionären Gesellschaft ließ Marx allerdings unerwähnt.

HENRY GEORGE (1839–1892) beobachtete in den 1860er-Jahren, dass es in prosperierenden Städten, wie dem damaligen New York, einerseits unglaublichen Luxus, zugleich aber auch unvorstellbare Armut gab. In „Fortschritt und Armut“ versuchte er, die Ursache dieser Diskrepanz und der sozialen Probleme zu ergründen. Er fand diese schließlich in der Bodenordnung. George hielt dabei nicht das Privateigentum am Boden selbst für den Grund des Problems, sondern die Tatsache dass eine eigensüchtige Minderheit den Boden „monopolisiere“. George war der festen Überzeugung, dass Boden und Rohstoffe allen Menschen zu gleichen Teilen zustünden, weil sie eine nicht von Menschen geschaffene Gabe der Natur seien. Es könne deshalb nicht gerecht sein, wenn Einzelne hierauf Sonderansprüche erheben. Folglich sah er hier unbedingten Handlungsbedarf, denn der „[...] Bau der Gesellschaft kann nicht bestehen, wenn seine Fundamente nicht auf der Gerechtigkeit beruhen.“ Den Boden betrachtete er als das Fundament aller Produktion. Die Monopolisierung von Boden führe zu einem gesellschaftsschädlichen Teufelskreis:

„Da die Güter in allen ihren Formen das Produkt der auf den Grund und Boden oder dessen Erzeugnisse verwendeten Arbeit sind, so wird jede Zunahme in der Kraft der Arbeit [...] dazu benutzt werden, um mehr Güter zu schaffen und dadurch die Nachfrage nach Grund und Boden zu vermehren.“

Die hierdurch gestiegene Nachfrage nach Boden wiederum führe zu Spekulation, mit der Folge, dass „die sichere Erwartung höherer Preise“ den Boden der Nutzung entziehe und das nun noch knappere Angebot die Preise weiter verteuere und noch mehr Produktion erforderlich sei, um die höheren Preise zu erwirtschaften.

Seite 96

George sah die Nichtbodenbesitzer gegenüber den Grundeigentümern in doppelter Weise

benachteiligt: Einerseits weil sie immer höhere Pachten und Mieten zahlen müssten und weil andererseits die Arbeitseinkommen stärker besteuert würden, als der Boden. Er entwickelte deshalb eine Rententheorie mit dem Ziel, die mit einem Grundstück erzielbare Grundrente in Form einer Grundsteuer vollständig abzuschöpfen und die Einnahmen hieraus zur Finanzierung aller staatlichen Aufgaben zu verwenden. Eine Abschaffung des Bodenprivateigentums erübrige sich vor diesem Hintergrund, da es - bei vollständiger Abschöpfung der Bodenrente - kein Monopol und keine marktverfälschende Privilegien mehr gebe. Die Faktoren Arbeit und Kapital sollten im Gegenzug keiner Steuerpflicht mehr unterliegen. Georges Reformidee wird deshalb auch als „single tax“-Bewegung bezeichnet. In Deutschland wurde 1888, der „Deutsche Bund für Bodenbesitzreform“ gegründet, der sich als Ableger von Henry Georges Single-Tax-Bewegung“ verstand. 1898 wurde die Vereinigung umbenannt in „Deutscher Bund für Bodenreform“. Vorsitzender des Bundes wurde Adolf Damaschke.

ADOLF DAMASCHKE (1865-1935) veröffentlichte 1913 „Die Bodenreform. Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not“. Wie der Titel schon verrät, sah auch Damaschke einen kausalen Zusammenhang zwischen der herrschenden Bodenordnung und sozialen Problemen. Dies versuchte er anhand historischer Überlieferungen zu Bodenreformen im biblischen Israel, im antiken Griechenland und im Römischen Reich zu belegen.⁴⁴⁹ Die Höhe einer bestimmten Grundrente stimme mit realen Werten nicht überein und sei volkswirtschaftlich kontraproduktiv:

„Das Stück nackten Sandbodens, auf dem die Stadt Berlin heute steht, das vor tausend Jahren fast wertlos war, gilt heute rund 6.000.000.000 M!“ Rechne man mit einer jährlichen Grundrente von 4 %, so ergebe sich, dass „die Menschen, die auf dieser Quadratmeile unseres Vaterlandes leben und arbeiten, jährlich 240.000.000 M Grundrente aufzubringen haben, d.h. an jedem Arbeitstage 800.000 M!“.

Es handle sich also um enorme Summen, die in die Taschen Privater fließen und die
Seite 97

Volkswirtschaft belasten. Dabei sei die Grundrente eigentlich soziales Eigentum. Eine (im Sinne von Henry George) bodenreformierte Gesellschaft, betrachtete Damaschke als Alternative zu den Extremen Sozialismus und Individualismus, sowie als „Dritten Weg“ zu Kommunismus und „Mammonismus“ (wie er den Kapitalismus nannte).

Da Damaschke nicht, wie Silvio Gesell, Enteignungen und Verstaatlichung des Bodens selbst, sondern lediglich eine Sozialisierung der Gesamtgrundrente forderte, galt er als relativ pragmatisch und konnte in seiner Zeit als Vorsitzender des Deutschen Bundes für Bodenreform, die Weimarer Republik bodenpolitisch maßgeblich beeinflussen: 1919 beschloss die Weimarer Nationalversammlung den Artikel 155 „Bodenverteilung und Nutzung“ der Weimarer Reichsverfassung,⁴⁵⁴ welcher dem Staat großen Einfluss bei Verteilung und Nutzung des Bodens einräumte und auch Enteignungsmöglichkeiten vorsah. Darüber hinaus wurde 1920 das „Reichsheimstättengesetz“ beschlossen, das sich ebenfalls an sozialpolitischen Reformideen des Bundes für Bodenreform orientierte. Ziel des Gesetzes war die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Hierzu wurde ein „Mindestbedarf

an Grundeigentum“ garantiert und durch Einschränkungen der Rechte von Gläubigern gegenüber den Bewohnern und Eigentümern geschützt.

Zur selben Zeit wie der Bund der Bodenreformer, formierte sich auch die freiwirtschaftliche Bodenreformbewegung. Deren Hauptvertreter SILVIO GESELL (1862–1930) veröffentlichte 1916 das Buch „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“. Hierin

Seite 98

analysierte er die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital und kam zu dem Schluss, dass der Marktpreis eines Gutes immer gleich sei: „Ob der Weizen aus Kanada, aus Argentinien, aus Sibirien oder vom Felde des Nachbarn kommt [...], was fragt der Müller danach? Ist die Qualität die gleiche, so ist auch der Preis der gleiche. [...] Niemand erkundigt sich nach den Kosten der Waren, jedem ist es einerlei, woher die konkurrierenden Waren stammen.“⁴⁵⁶ Die Kosten, die zum Beispiel für Transport oder Arbeit angefallen sind, seien aber höchst unterschiedlich. Gesell schlussfolgert, dass es die Grundrente sein müsse, welche die Differenz zwischen den unterschiedlichen Kosten und dem Marktpreis ausmache. Er sah in der Grundrente leistungsloses privates Einkommen für die Grundeigner. „Leistunglos“ vor allem deshalb, weil der Grundeigentümer nicht von eigener Arbeit, sondern von „gesellschaftlichen Vorzügen“ profitiere und deshalb z.B. in der Stadt, die eine gute Infrastruktur und bessere Handelschancen bietet, mehr Miete verlangen könne, als auf dem Land.

Die wahre Leistung, die in einem Produkt steckt, sei jedoch die Arbeit. Gesell forderte deshalb:

„Das ganze Arbeitsprodukt ohne irgend welchen Abzug für Grundrenten und Kapitalzins soll in den Lohnschatz ausgeschüttet und restlos unter die Schaffenden verteilt werden. Wer zum allgemeinen Lohnschatz nichts beigetragen, also nicht gearbeitet hat, soll auch die Hände vom Lohnschatz weglassen.“

Wie George und Proudhon betrachtete Gesell den Boden als globales Gemeineigentum, weil er die gemeinsame Lebensgrundlage der Menschheit darstelle. Teile davon abzutrennen sei schlicht widernatürlich, weil es einer Vielzahl von Menschen das Lebensnotwendigste vorenthalte. Privateigentum an Boden sei zudem weder gerecht noch logisch (z.B. durch die Vertragstheorie) begründbar:

„Ich selbst habe [...] niemals in die Teilung der Erde [...] eingewilligt; und was andere für mich ohne meine Zustimmung getan haben, was geht mich das an? [...] Und schließlich: ist denn heute jemand verpflichtet, die Schulden seiner Vorfahren anzuerkennen, sind die Kinder für die Sünden ihrer Vorfahren haftbar?“

Er stimmte George auch darin zu, dass die Arbeiter im doppelten Sinne von den Bodeneigentümern abhängig seien. Gesell kritisiert außerdem die Kolonialisierung als höchst

Seite 99

ungerecht:

„Für eine Flasche Schnaps für sich und eine alte Krinoline für seine Gemahlin, veräußerte der schwarze Hererokönig [...] Millionen von Hektaren [...]. Wußte er was er tat, als er mit Schnaps im Kopfe das verräterische + unter das Schriftstück setzte?“

Außerdem klagte Gesell über einen übermächtigen Einfluss der Grundbesitzer auf die

Politik, der gesellschaftsschädlich sei:

„Die Rolle die der Staat bislang dem Privatgrundbesitz gegenüber gespielt hat, ist bislang immer die eines Nietenziehers bei Lotterien gewesen. Dem Staate die Nieten – dem Grundbesitzer die Gewinne. Tatsache ist, daß, so oft auch die Grundrenten in die Höhe gingen, die Rentner doch nie einen Vorschlag gemacht haben, dem Staat zurückzuerstatten, was sie in Zeiten der Not von ihm erhielten.“

Henry Georges Idee zu einer neutralisierenden Grundeigentumssteuer, ging Gesell nicht weit genug. Er erkannte nämlich einerseits, dass Grundsteuern von den Eigentümern abgewälzt werden können und bezeichnete andererseits Georges Vorstellung, dass allein eine Abschöpfung der Bodenrente chronische Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen verhindern würde, als naiv. Weil Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen kein Problem der Verteilung, sondern des Tausches seien, könne man sie nicht mit Bodenpolitik lösen. Bei der Grundrente fände nämlich gar kein Tausch statt.⁴⁶⁶ Die Bodenproblematik könne also nicht getrennt von der Zinsproblematik betrachtet werden. Gesell entwickelte deshalb in einem zweiten Denkschrift die Idee des „Freigeldes“, das zusätzlich zur Bodenreform eingeführt werden müsse.

Zunächst aber plädierte Gesell für die Verstaatlichung des gesamten Privatgrundbesitzes, allerdings nicht im kommunistischen Sinne, da hier die Gefahr des Raubbaus an der Natur gegeben sei. Die Nutzung sollte weiterhin privat bleiben und gegen preisgünstige und langjährige (Erb-)Pachtverträge staatlich garantiert werden. Die bisherigen Grundeigentümer sollten zu Marktpreisen entschädigt werden. Dem Argument, dass dies nicht finanzierbar sei, entgegnete Gesell, dass er die Auszahlung in Form verzinslicher Staatsanleihen vorsähe.

Seite 100

Hierdurch, und weil der Staat zugleich nun über umfangreiche Pachteinahmen verfüge, sei die Abzahlung der Kaufpreise in der Staatskasse nur ein „Durchgangsposten“. Nach Abzahlung der Entschädigungssummen war der Umstieg auf Freigeld vorgesehen. Die dann weiter anfallenden Pachteinahmen sollte der Staat für soziale Zwecke verwenden, z.B. für die Auszahlung einer „Mütterrente“, um diese für die bis dahin unentgeltliche Familienarbeit zu entlohnen. Der Staat verfüge in Folge der Pachteinahmen über eine sichere Einnahmequelle für Soziales und kostspielige Gemeinschaftsaufgaben (wie Deichbau). Die Arbeit könnte man von Steuern komplett entlasten. Bauvorhaben (wie Straßen oder Eisenbahnen) seien leichter zu verwirklichen, da man nicht erst mit einer Vielzahl privater Grundeigentümer verhandeln müsse. Jeder sei freier, da er nicht mehr so sehr an ererbten Grund gebunden sei, sondern bei Bedarf einfach einen Pachtvertrag auflösen und einen neuen eingehen könne. Jeder Staatsbürger hätte mit Geburt eine faire und gleiche Chance und die Identifikation der Bürger mit ihrem Staat würde gestärkt. Die immer währende Zerstückelung von Boden in viele kleinere Parzellen, wie sie durch Erbschaften in Großfamilien zwangsläufig ist, würde gestoppt. Vor allem prognostizierte Gesell aber eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens und Wirtschaftswachstums. Es hätte unter diesen Umständen ein Ende damit, dass Profite privatisiert und Kosten und Verluste sozialisiert würden.

Prominenter Anhänger der Ideen Gesells war unter anderem Rudolf Steiner. Etliche Vereinigungen setzten sich auch heute für eine Realisierung der Gesell'schen Konzepte ein, u.a. die deutsche Humanwirtschaftspartei, der Verein INWO oder die schweizerische NWO-Stiftung Belcampo. Diese wirbt für Boden als Allgemeingut und hat einen Bodenfonds gegründet. Für (durch Kauf oder Schenkung erworbene) Grundstücke vergibt die Stiftung Nutzungsrechte nach ökologischen und sozialen Kriterien.

Auch wenn Gesells Ideen aktuell viele neue Anhänger finden, blieben sie zu seiner Zeit eine Vision. Ab 1933 war die Bodenpolitik der Nationalsozialisten geprägt von der Blut-und-Boden-Ideologie. Unter dem Motto „Das Volk braucht Raum“ wurde Boden auch als Kriegsgrund missbraucht. Manche der erfolgreich umgesetzten Bodenreformversuche der Weimarer Zeit wurden von der NSDAP übernommen und der eigenen Ideologie angepasst.

Seite 101

Das Reichsheimstättengesetz wurde beispielsweise 1937 zwar neu formuliert, im Grunde jedoch beibehalten und auch in die Praxis umgesetzt: Die Anzahl der (seit 1920 geschaffenen) Reichsheimstätten wurde von 1937 bis 1945 beispielsweise auf ca. 80.000 verdoppelt. Um eine Zersplitterung bäuerlicher Anwesen durch Erbfolge zu verhindern, erließ der Reichstag am 29.09.1933 das „Reichserbhofgesetz“. Alle landwirtschaftlichen Anwesen mit einer Größe zwischen 7,5 und 125 Hektar wurden zu „Erbhöfen“ erklärt und waren somit fortan unveräußerlich, unbelastbar, unteilbar und nur noch auf einen Erben (den sog. Anerben) übertragbar. Dieses Gesetz wurde 1947 wieder aufgehoben, jedoch gelten in manchen Bundesländern noch heute „Höfeordnungen“, welche die sonst im Erbrecht übliche Realteilung außer Kraft setzen.

Seite 102

(Ende der Auszüge aus der Dissertation von Bernadette-Julia Felsch)

00000

Es folgen als Beweis dafür, das die Material- oder Quellenzusammenstellung durchaus im Bewusstsein gegenwärtiger Probleme erfolgt ist. Es ist eine willkürliche Auswahl aus der Tageszeitung HAZ, die gerade bereitlagen und noch nicht im Papiercontainer gelandet waren.

Mit ein paar Schlagzeilen aus der
Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ)
zurück in die Gegenwart:

11. Juli 2025

Land will Millionen Euro in Verteidigung ge Drohnen investieren
Niedersachssens Innenministerinnen Daniela Behrens (SPD) plant einen gemeinsamen Abwehrschirm der Nordländer. Allein 2025 gab es bereits mehr als 160 potentielle Vorfälle.

◇

1,3 Millionen Menschen von Armut bedroht
Niedersachsen: Vor allem junge Männer und Frauen,
Senioren, Alleinerziehende und Migranten betroffen.

◇

Ukraine wirbt um Billionen
Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat um internationale Hilfe beim Wiederaufbau seine schwer vom Krieg gezeichnetes Land gebeten. ...

◇

47 Cent je Euro landen im eigenen Geldbeutel
Steuerzahlerbund kritisiert Belastung für die Bürger.



Israel will Palästinenser umsiedeln

Eine Feuerpause in Gaza ist greifbar,
doch an den Emigrationsplänen hält Netanjahu fest.



Erdogan schaltet seine Gegner systematisch aus

Unliebsame Bürgermeister werden abgesetzt,
prominente Politiker festgenommen:
Massenverhaftete Verfahren gegen die Opposition ziehen das Land in eine Krise.



18. Juli 2025

Hohe Schulden: Niedersachsen gibt täglich 3,4 Millionen für Zinsen aus
Finanzminister Gerald Heere (Grüne) hofft auf Wirtschaftswachstum und mehr Steuereinnahmen durch die Neuverschuldung. In den kommenden Jahren werden sich die Zinsausgaben weiter erhöhen.

„...Steuerzahlerbund Vorstand Jan Vermöhlen. Er kritisierte, dass mit der Rekortneuverschuldung auch die Zinslasten im Rekorttempo steigen würden. Gegenüber 2023 würden sie sich 2029 in etwa verdoppeln.“ ...



Russland übergibt 1000 Leichen von Soldaten

Moskau setzt Vereinbarungen von Istanbul um.



22. Juli 2025

Zahlt der Staat zu viel Geld für Wohnkosten?

Bundeskanzler Friedrich Merz sieht Prüfungsbedarf bei Bürgergeldempfängern, tatsächlich steigen die Hilfen für Mieten und Heizung immer weiter.



Rund fünf Millionen Menschen verdienen unter 2750 Euro.

Zahlen der Bundesregierung zeigen starkes Ost-West-Gefälle bei den Erwerbseinnahmen. ... „In Deutschland galt eine Person laut Statistischem Bundesamt zu letzt als armutsgefährdet, wenn sie mit ihrem Nettoeinkommen unter 1378 Euro im Monat liegt. 15,5 Prozent – rund 13,1 Millionen Menschen – sind in Deutschland armutsgefährdet.“ ...



23. Juli 2025

Pflege immer teurer: Niedersachsen zahlen im Schnitt 2785 Euro pro Monat

Wird die Betreuung im Heim zu einer „Armutsfalle“, wie die Diakonie befürchtet? Die Kosten steigen immer mehr – in Niedersachsen zahlen Heimbewohner 18 Prozent mehr als noch vor eineinhalb Jahren.



Syrien droht der Absturz in Chaos
Gewaltausbruch in Suwaida stellt Übergangsregierung vor Bewährungsprobe



Deutschland schließt sich Gaza-Appel nicht an
28 Staaten fordern von Israel ein Ende des Krieges, die Bundesregierung bleibt außen vor –
SPD-Fraktionschef Miersch kritisiert das.



Zahl der Zwangsräumungen steigt um 7 Prozent
In wirtschaftlich schwierigen Zeiten geraten viel Menschen mit ihren Mietzahlungen in Verzug – das kann drastische Folgen haben.



Schienenmaut bereitet Ärger
Das Entgelt für die Gleisnutzung steigt und droht das Bahnfahren zu verteuern, dabei regeln viele EU-Länder das anders.

... „Laut Bahn drohen im nächsten Jahr Kürzungen und Preiserhöhungen im Fernverkehr, wenn die Trassenpreise wie geplant steigen sollen. Ähnliches droht im Schienenpersonalverkehr, wo die Schienenmaut um 23,5 teurer wird. Ein Problem ist, dass der Bund die Bahn nicht durch Baukostenzuschüsse unterstützt, sondern durch eine Eigenkapitalerhöhung – die wiederum 2 Prozent Rendite erwirtschaften muss.“ ...

(Hier wird sichtbar, wie der Zins (die Rendite) in die Preisbildung eingeht. TA)



25. Juli 2025

**Immer mehr Familien in Niedersachsen
haben kein eigenes Zuhause**
Besonders Kinder leiden unter fehlendem Wohnraum in Niedersachsen.
Experten fordern mehr Tempo beim sozialen Wohnungsbau –
und bringen sogenannte „Cluster-Wohnungen“ ins Spiel

Mindestlohnsteigerungen auch für Erntehelfer
Landvolk: Obstbauern sehen ihre Existenz bedroht –
weil sie Preissteigerungen für „illusorisch“ halten.



„Alles dreht sich ums Überlegen“
Die deutsche Krankenschwester Katja Stork berichtet über ihren Einsatz im Gazastreifen.

00000

Programmwechsel:

Ich habe ursprünglich vorgehabt hier ein paar Seiten mit fotografierten Buchtiteln, Adressen und im Themenzusammenhang interessanten Links folgen zu lassen. Da aber die Bild-Dateien reichlich Speicherraum einnehmen und nicht jeder Empfänger darüber beglückt ist, mache davon einen Anhang zu diesem Text mit der Ziffer 181.2 mit einer gesonderten Datei und der Ziffer 181.2.1.

Ergänzung

Mir kamen jetzt noch zwei Beiträge aus Chrismon 03. 2021 und 05.2021 vor die Augen. Ich will darauf – die Geduld meiner Frau strapazierend¹² – noch eingehen, weil nicht nur die Volkswirtschaftslehre in der ehemaligen DDR von einer Ideologie beherrscht wurde, sondern die VWL und Politik in der BRD ebenfalls, aber von einer anderen Ideologie, die nicht weniger Unheil verursacht hat und noch verursacht, als die vom Marxismus geprägte Ideologie, die allgemein als Sozialismus oder Kommunismus bezeichnet wird und mit der Wirtschaftsform der Zentralverwaltungswirtschaft verbunden ist.¹³

In dem anderen Beitrag aus Chrismon 03. 2021, der mit Eduard Kopp gezeichnet ist, habe ich nur noch die Seite mit dem betreffenden Artikel vorliegen. „Die Reaktionen aus den Kirchen war kläglich:“ und bezieht sich auf die Judenverfolgung und ihren erlittenen Massenmord. Sind Kirchen, ihr Personal und Mitglieder auf eine andere Katastrophe, die sich in ihrer Stückelung harmloser gibt, besser vorbereitet? Ich will eine Antwort wagen.

Chrismon 05.2021

Standpunkt

von **Nikolaus Piper**, geboren 1952, war viele Jahre Leiter des Wirtschaftsressorts der „Süddeutschen Zeitung“ und USA-Korrespondent. Seit seiner Pensionierung schreibt er die Kolumne „Pipers Welt“ für die SZ. 2019 erschien „Wir Untertanen. Wie wir unsere Freiheit aufgeben, ohne es zu merken“ (Rowohlt). Bereits 1969 nahm er am Kirchentag teil. Das Motto damals: „Hunger nach Gerechtigkeit“.

Ein Preisschild für die Natur

Über einen lernfähigen Kapitalismus - und wie er dabei
helfen könnte, das Klima zu retten

Unter engagierten Christen hat der Kapitalismus einen schweren Stand. Nicht alle gehen so weit wie der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke), der am Rande des Stuttgarter Kirchentags 2015 in der Wochenzeitung „Die Zeit“ sagte: „Wir müssen eine Ökumene der Kirchen gegen den Kapitalismus bilden.“ Dass aber die globalisierte Marktwirtschaft an Armut, Not und Naturzerstörung Schuld trägt, davon sind viele überzeugt. Auch Protestanten waren begeistert, als Papst Franziskus 2013 sein Apostolisches Schreiben „Evangelii gaudium“ veröffentlichte mit dem berühmten Satz „Diese Wirtschaft tötet“ und der Feststellung: „Wir dürfen nicht mehr auf die blinden Kräfte und die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen.“

¹² Meine Frau ist sehr fürsorglich, hält meine Bemühungen um Aufklärung aber für Zeitverschwendung.

¹³ Auf dem Begriff *Sozialismus* können die Marxisten keinen Monopolanspruch erheben.

Das Leitwort des Ökumenischen Kirchentags 2021 in Frankfurt heißt „Schaut hin“, eine freie Interpretation von Jesu Worten bei der Speisung der Fünftausend, wie sie der Evangelist Markus überliefert hat. Wäre dies nicht eine gute Gelegenheit, um neu und genauer auf Wirtschaft, Globalisierung und Kapitalismus zu blicken?

Keine Frage, es gab und gibt schreiendes Unrecht im Kapitalismus - Ausbeutung, Unterdrückung und obszönen Reichtum neben bitterer Armut. Auch in den reichen Ländern nehmen die Unterschiede zwischen oben und unten zu. In Afrika drohen immer wieder Hungersnöte, die verzweifelte Lage der Armen in Lateinamerika war Ausgangspunkt der Befreiungstheologie. Millionen Menschen haben als Flüchtlinge und Migrantinnen ihre Heimat verlassen.

Aber sind, um ein konkretes Beispiel zu nehmen, die Hunderttausende, die sich in diesen Tagen aus Lateinamerika zur Südgrenze der USA aufmachen, wirklich Opfer des Kapitalismus? Fliehen sie nicht vielmehr in den Kapitalismus, weil sie auf ein besseres Leben hoffen?

Anders als Papst Franziskus schreibt, tötet die kapitalistische Wirtschaft nicht. Tödlich kann es dagegen sein, von ihr ausgeschlossen zu werden. Diese Exklusion kann ursprünglich durchaus mit dem Erbe des Kolonialismus zu tun gehabt haben. Da aber kapitalistische Gesellschaften in der Regel offen nach innen und außen sind, können sie dazulernen. Kapitalistische Demokratien schufen den Sozialstaat und einen breitgestreuten Wohlstand in der Gesellschaft. Sie waren innovativ, und sie trugen effektiv zur Bekämpfung der Armut in einer rasch wachsenden Weltbevölkerung bei. 1981 lebten nach Angaben der Weltbank rund 42 Prozent der Menschheit unter der Armutsgrenze, 2017 waren es noch 9,2 Prozent.

Die Voraussetzung all dessen sind freie Märkte. Sie bringen Angebot und Nachfrage zusammen, sie erlauben es allen Teilnehmern, sich auf neue Realitäten einzustellen. Ohne freie Märkte gibt es auch keine politische Freiheit. Die Probe aufs Exempel kann jeder selbst machen: Zwar sind viele kapitalistische Staaten keine Demokratien (etwa die Volksrepublik China), aber eine nichtkapitalistische Wirtschaft, die auch eine Demokratie wäre, gab es bisher nicht.

Warum das so ist, hat der liberale Ökonom Friedrich August von Hayek mit Hilfe eines Bildes erklärt. In seiner Streitschrift „Der Weg zur Knechtschaft“, 1944 im britischen Exil erschienen, schreibt er über die Logik staatlicher Wirtschaftspläne. „Wenn Menschen dahin übereinkommen, dass es eine Planwirtschaft geben muss, aber über die Ziele verschiedener Ansicht sind, so läuft das ungefähr auf dasselbe hinaus, wie wenn eine Gruppe von Personen sich zu einer gemeinsamen Reise entschließen würde, ohne sich jedoch über das Reiseziel einig zu sein, was zur Folge hat, dass sie alle eine Reise unternehmen müssen, die die meisten ganz und gar nicht machen wollen.“

Die Geschichte der Sowjetunion, der DDR und anderer Staaten liefert reichlich Belege für das Scheitern des Sozialismus und für dessen Unvereinbarkeit mit der Demokratie. Trotzdem träumen auch heute noch oder schon wieder viele von einer wie auch immer gearteten Alternative zum Kapitalismus.

Als sozialistische Hoffnung galt bis vor gar nicht langer Zeit Venezuela. Das Land mit den größten Ölreserven der Welt war einmal das reichste Land Südamerikas, aber dieser Reichtum war sehr ungleich verteilt. Daher führte der charismatische Offizier Hugo Chávez seinen „bolivarischen Sozialismus“ ein, in dem der Reichtum „solidarisch“ verteilt werden sollte. Heute ist das Land eine korrupte Diktatur, ein „failed

state“. Die Hyperinflation ist eine der schlimmsten der Weltgeschichte, die Agrarproduktion ist zusammengebrochen, die Venezolaner leiden unter einer katastrophalen Versorgungskrise, 5,4 Millionen von ihnen sind bis Jetzt aus dem Land geflüchtet. Auch Nicaragua, heute eine verarmte Autokratie unter dem einstigen Revolutionsführer Daniel Ortega, war einmal ein Sehnsuchtsort der Linken.

Aber was ist mit der Klimakrise? Ist die nicht Resultat des Kapitalismus? Kein Zweifel kann darin bestehen, dass 7,8 Milliarden Menschen den Planeten überfordern. Nur wäre die Lage besser, wenn die Welt sozialistisch wäre? Ein Blick auf die Reste des zerstörten Aralsees reicht, um zu ermessen, wie zerstörerisch die Sowjetunion mit ihren natürlichen Ressourcen umging. Im Gegensatz zum Sozialismus sind kapitalistische Gesellschaften lernfähig. Seit 1972 der Bericht an den Club of Rome über die Grenzen des Wachstums veröffentlicht wurde, hat sich der Umgang mit dem Planeten im Westen verändert, langsam zwar, aber nachhaltig. Ein DDR-Lehrbuch aus der damaligen Zeit bezeichnete Wachstumskritik dagegen nur als „reaktionäre, fortschrittsfeindliche Haltung“, die „Ausdruck der tiefen Krise imperialistischer Politik und Ideologie“ sei.

Daran sollte man sich gerade heute erinnern. Im Februar 2021 wurde in London ein Papier veröffentlicht, das ähnlich bedeutend werden könnte wie seinerzeit die „Grenzen des Wachstums“. Es ist der Bericht an die britische Regierung über die „Ökonomie der Artenvielfalt“ („Economics of Biodiversity“). Verantwortlicher Autor des 600-Seiten-Konvoluts ist der Umweltökonom Sir Partha Dasgupta von der Universität Cambridge. Er beschreibt auf bedrückende Weise das ökologische Problem der Menschheit, das eben nicht nur aus dem Klimawandel besteht, sondern ebenso aus einem dramatischen Verlust an Artenvielfalt. Der Raubbau an der Natur, so die Kernaussage Dasguptas, ist kein Marktversagen, sondern ein „tiefgreifendes und verbreitetes institutionelles Versagen“. Weil die Natur und die Artenvielfalt keinen Marktpreis haben, nutzen die Menschen diese Ressourcen so, als seien sie umsonst. Die Lösung liegt daher nicht darin, die Marktpreise abzuschaffen, sondern ganz im Gegenteil Preise für die Nutzung der Natur zu ermitteln. Ziel ist es, in einem sehr weiten Sinne mit der Natur als einem Vermögen der Menschheit zu rechnen.

Und schließlich die Sache mit der sozialen Gerechtigkeit. Alle marktwirtschaftlichen Demokratien lösen soziale Probleme nach dem Solidarprinzip. In Deutschland gibt es die Rentenversicherung und die gesetzliche Krankenversicherung. Niemand bleibt unversorgt, bloß weil er kein Geld hat. Aber diese solidarischen Systeme haben ein Problem: Sie werden immer teurer. Weil es im Verhältnis zu den aktiven Arbeitnehmern immer mehr Rentner gibt, weil die Menschen generell immer älter und die Leistungen der modernen Medizin immer besser werden. Ohne Eingriffe würden Renten- und Kassenbeiträge immer weiter steigen und die Kosten der Arbeit in die Höhe treiben. Um das zu vermeiden, haben Bundesregierungen verschiedene Rentenprogramme und Pakete zur Kostensenkung im Gesundheitswesen aufgelegt. Die Maßnahmen werden heute als „Sozialabbau“, „Kahlschlag“ und „Kaputtsparen“ denunziert. In Wirklichkeit ist es der Versuch, den Sozialstaat und dessen ökonomische Grundlagen zu sichern. Das hat nichts mit neoliberaler Ideologie zu tun, aber viel mit dem Versuch, sich auf radikal veränderte Verhältnisse so einzustellen, dass Wirtschaft und Arbeitnehmer nicht überlastet werden. Zur Illustration zwei Zahlen: 1960, in der noch jungen Bundesrepublik, machten Sozialausgaben 18,3 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Im Jahr 2019 waren es im vereinten Deutschland 30,3 Prozent. Nicht unbedingt das, was man als sozialen Kahlschlag bezeichnen könnte, vielmehr ein Anlass, genau hinzuschauen. ~

Mein Kommentar:

Mein Eindruck von dem Text von Nikolaus Piper ist, dass er meint, was er sagt und er schreibt verständlich. Und er würde wahrscheinlich sicher gut mit seinen Beitrag abschneiden, wenn die Gelegenheit bestünde, seine Äußerungen mit Veröffentlichungen seiner Kollegen in den anderen großen Zeitungen zu vergleichen. Er wendet sich gekonnt gegen sozialistische Lösungen im Sinne von Planwirtschaften (= Zentralverwaltungswirtschaften). Vermutlich würde auch mit dem nachfolgend eingefügten Text übereinstimmen, wenn dort der Verfasser auch von Marktwirtschaft uns nicht wie Nikolaus Piper von Kapitalismus spricht.¹⁴

Aus:

Bruno Molitor

Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, 1965

C. Vermögens Verteilung und Marktwirtschaft

An zweiter Stelle haben wir nach der Beziehung des verteilungspolitischen Zieles zum Ordnungskonzept einer Marktwirtschaft zu fragen. Dabei wird Wirtschaftsordnung, losgelöst aus der Verquickung mit sozialphilosophischen Leitbildern, allein im Sinne einer Organisationstechnik verstanden, die die beiden grundlegenden Probleme der Koordination der einzelwirtschaftlichen Pläne und des Anreizes für den Leistungseinsatz der Wirtschaftssubjekte zu lösen hat. Für die Marktwirtschaftsordnung sind hier drei Elemente konstitutiv: ein freispielendes Preissystem, das Angebot und Nachfrage auf den verschiedenen Märkten aufeinander abstimmt; die Funktion des Wettbewerbs, der die Preise an die Kosten herandrückt und sie damit die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse widerspiegeln läßt, und eine Dispositionsfreiheit von Unternehmen und Haushalten, die das Erfolgs- und Einkommensstreben für die Überwindung der Knappheitsverhältnisse wirksam macht und den Wettbewerb stimuliert. Die Besonderheit der Marktwirtschaftsordnung beruht demnach auf der Verbindung von individuellem Freiheitsgrad und gesamtwirtschaftlicher Produktivitätssteigerung. Ihre institutionellen Voraussetzungen sind: Privateigentum an den Produktionsmitteln, Gewerbe- und Berufsfreiheit und Vertragsfreiheit. ... (Seite 59 f.)

Nikolaus Piper verwendet – wie üblich ist – den Begriff Kapitalismus als Synonym für den Begriff Marktwirtschaft und überträgt, was an ihr gut ist verschleiern auf den Begriff Kapitalismus, der, wenn er reif geworden ist, tatsächlich tödlich wirkt. Und Bruno Molitor abstrahiert vom Modell der Marktwirtschaft die negativen Wirkungen des Kapitalismus, der schon im Ansatz die Marktwirtschaft verfälscht. Während die Marktwirtschaft ein dezentrales System des Leistungsaustausches ist, beansprucht der Kapitalismus immer ein Teil der Leistung für Nichtleistung. Außerdem setzt er die Neigung Marktwirtschaft zur Dezentralisierung zugunsten der Konzentration der Unternehmen und der Märkte außer Kraft. Zudem tritt er direkt als Störer der Märkte in Form von Beschäftigungsreduzierung und Schrumpfung der Umsätze auf, wenn die Rendite (der Zins) in den Keller geht. Die positive Wirkung der Ent-

¹⁴ Bruno Moltitor habe ich 1964 / 66 als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg erlebt. Ich stieß jetzt auf den Text als ich auf meinem Rechner nach einem Zitat aus dem Buch > Oswald von Nell-Breuning / Den Kapitalismus umbiegen / Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft. Herausgegeben von Friedhelm Hengsbach SJ u.a.

schuldung der Wirtschaft, der privaten Haushalte und das Steigen der Arbeitseinkommen (einschließlich jenes der Unternehmer) wird gestoppt.

Marktwirtschaftlich gesehen ist es kein Problem, wenn die Nutzung der Natur ein Preis bekommt. Kapitalistisch gesehen ist das nur möglich, wenn die Rendite darunter nicht leidet. Der Verzicht auf das wirtschaftliche Wachstum ist – mit Ausnahmen der unterentwickelten Völker – in der Marktwirtschaft möglich, im Kapitalismus nicht. In einer endlichen Welt kann es kein unendliches Wachstum geben.

„Alle marktwirtschaftlichen Demokratien lösen soziale Probleme nach dem Solidarprinzip.“ Der Satz stimmt, aber nicht, wenn diese Sicherung mit Zwangskollektiven vollzogen wird die Bürger wirtschaftlich entmündigt und offene Grenzen, das System zum Missbrauch einlädt. Ergänzend wäre zu sagen, dass die Demokratie und die Marktwirtschaft sich ergänzen, aber nur wenn sie nicht fortwährend demontiert werden. Der deutsche Neoliberalismus (oder auch Ordoliberalismus) in der Form der Sozialen Marktwirtschaft ist aufgrund der Mängel in der Konstruktion schon in der Gründungsphase gescheitert. Die Sozialpolitiker – vorneweg die Sozialdemokraten haben die leere Hülse der Sozialen Marktwirtschaft genutzt, um sie geschickt mit Elementen der Staatswirtschaft nach dem Modell der Zentralverwaltungswirtschaft zu füllen, ohne dass das dem Kapitalismus der Giftzahn gezogen werden kann.

Als mit der Nobel-Preis-Verleihung an Milton Friedmann ¹⁵ in den 70er Jahren dem Neoliberalismus Chicagoer Schule die Siegeskrone aufgesetzt wurde, waren seine Mängel durchaus sichtbar, nur nicht für die großen Mehrheiten in der Wissenschaft und der Politik.

Milton Friedman und auch John Maynard Keynes, dessen problematisches Rezept, in der Krise die ausfallende private Nachfrage durch die Staatsverschuldung zu ersetzen, in der SPD immer noch Gültigkeit zu haben scheint. Für alle Fehlentwicklungen die Voraus-Denker verantwortlich zu machen ist nicht gerecht, wenn die deren Fahrwasser die vielen Wirtschaftswissenschaftler folgen und vergessen die Fehler im gefahrenen Kurs aufzudecken und zu korrigieren.

00000

Für den nächsten Beitrag aus *chrismon* 03 / 2021, gezeichnet mit Eduard Kopp, habe ich nur

¹⁵ Das Buch „Kapitalismus und Freiheit“ lohnt sich zu lesen, auch wenn die beiden Begriffe im Titel sich gegenseitig beißen.

eine eingescannte Fotokopie vorliegen. Die Ausgabe 03/ 2021 konnte ich im Internet nicht finden. Eventuelle redaktionelle Ergänzungen kann ich daher nicht berücksichtigen.

» Im Jahr 1938 hatte die evangelische Kirche eine besondere Losung: „Jesus Christus gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit“ - ein Bibelvers aus dem Brief an die Hebräer (13,8) als Motto für das ganze Jahr. Der Vers sollte in dieser historischen Lage den Glauben stärken und die unverrückbare Geltung der christlichen Botschaft betonen: das Vertrauen in die universelle Liebe und Güte Gottes, die der Jude Jesus aus Nazareth gelehrt und vorgelebt hatte.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 setzten Nazitrupps 1400 Synagogen und jüdische Versammlungsräume sowie Tausende Geschäfte jüdischer Besitzer in Brand, verwüsteten jüdische Friedhöfe. Sie misshandelten Jüdinnen und Juden, ließen sie verhaften oder gar töten. Die Reaktionen aus den Kirchen waren kläglich: Statt eines weltweit vernehmbaren Aufschreis waren nur vereinzelte, verhaltene Proteste zu hören.

Der Bibelvers vom Christus „gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit“ war und ist Motto für kirchliche Jubiläumsfeiern und Gedenkveranstaltungen. Er schmückt Kirchen und Festschriften.

„Unser Glaube überdauert alle historischen Veränderungen“, das ist die Botschaft darin. 1938 sollte sie ein warnender Appell gegen nationalistischen Menschenhass werden. Nach dieser Reichspogromnacht bekam die Jahreslosung für viele einen anderen Klang - als betone sie die Überlegenheit des christlichen Glaubens über jeden anderen Glauben.

Jesus Christus sei Ebenbild des unsichtbaren Gottes, heißt es in der Bibel (Kolosser 1,15). Reden Christinnen und Christen von Gott, haben sie stets diesen Juden Jesus von Nazareth im Hinterkopf: wie er auf Menschen zuging, wie er sich selbst nicht schonte. Wer von Jesus auf Gott zurückschließt, kann Gott nicht auf bestimmte Eigenschaften festlegen, Gott bleibt unsichtbar. Man erkennt aber die Haltung: Auch Gott ist und bleibt den Menschen zugewandt, auch Gott schont sich selbst nicht in seiner Liebe zu ihnen.

Doch der Gott, an den unsere Urgroßeltern glaubten, machte die Herrschenden stark und die Untertanen schwach. Er zog mit dem Kaiser in den Ersten Weltkrieg. „Gott mit uns“ stand auf preußischen Koppelschlössern. Unsere Urgroßeltern glaubten an einen Gott, der nur ihrem Volk zugewandt war, der Selbstopfer nur fürs eigene Volk guthieß. Ihr Gottesbild klammerte jenen Christus aus, der vorbehaltlos alle Menschen annahm, nicht nur Angehörige seines Volkes; der auch Feinde zu lieben lehrte.

„... gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit“: So ein Bibelvers gefällt religiösen Hardlinern. Sie nutzen ihn, um Menschen ihren unsteten, ungesfestigten, beliebigen, willkürlichen, zeitgeistigen Glauben vorzuhalten: Hört auf, am Wort Gottes herumzudeuteln und es für eure Zwecke zurechtzubiegen.

Aber viel eher soll dieser Satz Mut machen. Im Zusammenhang des ganzen biblischen Briefes an die Hebräer - an Juden, die sich zu Christus bekennen - fordert das Zitat auf, sich nicht in den Kleinigkeiten des Alltags zu verlieren. Nicht starres Prinzipiendenken und Besserwisserie sprechen aus diesem Satz, sondern Vertrauen in die Zukunft und Gelassenheit.

Ähnlich beschrieb es auch einmal Ulrich Fischer (1949-2020), evangelischer Theologieprofessor und badischer Bischof: „So wie Jesus Christus damals die Menschen geliebt hat, so liebt er uns heute. So wie er damals vergeben hat, so vergibt er heute. So wie er damals ... neue Dimensionen des Lebens eröffnet hat, so tut er dies heute.“ Gott ist derselbe, also nicht in seinen Attributen, in den Bildern, die wir uns von ihm machen, sondern in seiner Zuverlässigkeit, Zuwendung und Offenheit.

Die Gottesvorstellungen der Menschen unterscheiden sich sehr, so wie sich auch die Hoff-

nungen der Menschen unterscheiden. Krebskranke hoffen, den Krebs zu besiegen. Politische Gefangene erhoffen sich Freiheit. Gewaltopfer, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt. Queere Menschen, dass sie genauso respektiert werden wie alle anderen. Aber gemein ist ihnen: Sie können auf diesen immer ansprechbaren, immer zuverlässigen Gott setzen.

• Eduard Kopp «

Ich habe überlegt, warum ich den Beitrag von Eduard Kopp im Jahr 2021 aufgehoben habe und warum ich ihn jetzt hier wiedergebe. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass es der folgende Ausschnitt ist:

„In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 setzten Nazitrupps 1400 Synagogen und jüdische Versammlungsräume sowie Tausende Geschäfte jüdischer Besitzer in Brand, verwüsteten jüdische Friedhöfe. Sie misshandelten Jüdinnen und Juden, ließen sie verhaften oder gar töten. Die Reaktionen aus den Kirchen waren kläglich: Statt eines weltweit vernehmbaren Aufschreis waren nur vereinzelte, verhaltene Proteste zu hören.“

Die Fragen sind:

Waren die Christen (Klerus und Laien) in Deutschland zu gering mit ihrem Glauben verbunden? Ich vermute nicht. Aber sie waren mit ihrem unausgesprochenen Treueid gespalten. Es waren doch die Kirchen, die sich durch die staatliche Förderung von dem Staat dadurch abhängig gemacht haben, dass sie ihm brave, gehorsame Untertanen lieferte. Das ergab für die Bürgerinnen und Bürger eine Doppelbindung, die in eine gegensätzliche Richtung wirkten und eine Lähmung auslöste.

Gab es eine genügende Aufklärung darüber das Jesus ein Jude war und die Römer und nicht die Juden für seinen Tod verantwortlich waren? Dass der Vorwurf der Christen, die Juden seien Christismörder daher unsinnig war? Das ist wohl nicht der Fall gewesen. Ich kann mich nicht erinnern, als in der Nachkriegszeit im katholischen und evangelischen Umfeld Glaubensfragen ein großes Gewicht hatten, die Frage, ob Jesus ein Jude war, gestellt oder beantwortet wurde. Ich kann mich aber an einem Vortrag in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts erinnern, wo der Vortragende den Zuhörern aus einem vorhergehenden Vortrag berichtete, dass seine dortigen Zuhörer ganz erstaunt gewesen wären, als er berichtete hätte, dass Jesus ein Jude war.

Ist die Verfolgung und der Mord einer Minderheit wie Fall der Juden bei diesen oder anderen Minderheiten ein nicht wiederholbarer Vorgang in Deutschland oder anderswo? Ich vermute nein! In einer sozial und ökonomisch zerstörten Gesellschaft, wie die Weimarer Republik durch blinde Demokraten geworden war und wie sie sich als Startrampe für ein diktatorisches System bot, ist eine Wiederholung möglich.

Wurde über diese Zusammenhänge die Bevölkerung der BRD richtig aufgeklärt? Nein! Dafür wurde aber die Handhabung der Schuld der Deutschen als politisches Instrument überzogen, was dazu beigetragen hat, dass sich die politische Ausrichtung nach rechts stark verschoben hat. Alles was die „guten“ Politiker als Gegenmaßnahmen bisher bieten, wird ihren Status, die Guten zu sein, nicht retten.

Haben sich die Kirchen (national und weltweit) in der Vergangenheit und Gegenwart dadurch hervorgetan, dass sie eine ökonomische Erklärung für den Abrutsch der Völker in den Ersten und Zweiten Weltkrieg – und in die Folgekriege – gefunden haben? Nein!

Haben die Kirchen mehr zu bieten als getrenntes und gemeinsames Beten? Nein!

Die Aussage spricht nicht gegen das Beten, das mag durchaus Kraft verleihen, um an den garstigen Themen wie Hunger, Krieg, Flucht und Vertreibung aufklärend festzuhalten. Und diese Anmerkung wirbt dafür, dass auch gläubige Menschen die von Gott gegebene (oder von der Natur mitgegebene) Erkenntnisfähigkeit einsetzen mögen, damit allen ein gottgefälliges Leben ermöglicht wird.

Dies sage ich auf dem Hintergrund meiner Wahrnehmung, dass unsere Gesellschaft, soweit sie als Politik und medienvermittelte Nachrichten sicht- und hörbar wurde, dass die staatstragenden Kräfte heimlich froh sind, dass Putin sie mit seiner mörderischen Politik von ihrem aufgesetzten Pazifismus ablegen konnte. Und das Dienstvolk des Friedensfürsten macht den Eindruck, dass es sich verkrümelt und in Ausreden und die nicht wirklich tröstenden Reden einübt, die gehalten werden können, wenn alles wieder in Trümmern liegt und die Zahl der Toten nicht mehr erfasst werden kann. Die Feindesliebe ist doch nur etwas für besondere Festtage.

Ich füge hier noch einen Text ein der von 1900 ist und noch mal das Problem und sein Alter verdeutlicht. Es ist der Anhang 4 zu meinem Text „Über die Schwierigkeiten sich freiwirtschaftintern und -extern zu verständigen“, vom August 2008.

Es geht um die **chrematische Volkswirtschaft**, ein Begriff den die Griechen schon in alter Zeit für den heutigen Begriff **Kapitalismus** benutzten.

Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute

Verlag G.A. Gloeckner, Leipzig 1900

Kopie angefertigt von Hugo Kierdorf, Köln im Nov. 1983

(Druckvorlage angefertigt durch TA im Okt. 1989)

Was die Kapitalanhäufung im geschäftlichen Sinn betrifft, so ist zu beachten, daß man unter Kapital oft nur jenen Wertbesitz versteht, welcher sich für den Besitzer, aus Wert in Mehrwert, aus je 100 Thaler, Mark, Gulden ... in mehr als je 100 Thaler, Mark, Gulden umsetzt oder doch als 100 sich forterhaltend, dem Besitzer, auch wenn er nicht arbeitet, sondern, wie man sagt, nur seinen Besitz, sein Kapital, arbeiten läßt, einen Ertrag abwirft, den er ganz verzehren oder teilweise wieder in Kapital, d. h. in Geldbesitz, der sich in mehr Geld umsetzt, verwandeln kann. Eine Volkswirtschaft, in welcher statt des Strebens, die Wohlfahrt fortzuerhalten und zu heben, das Streben, aus Geld mehr Geld, aus je 100 Thaler mehr als je 100 Thaler zu machen, für das Produzieren und Arbeiten entscheidend wird, bezeichnet man als die kapitalistische oder - nach des griechischen Philosophen Aristoteles Ausdruck – als chrematistische Volkswirtschaft.

Mit der Zunahme des Kapitals geht hier oft eine Vereinigung des Besitzes in den Händen einer kleinen Minderheit Hand in Hand, und nicht selten entsteht dann der Schein wachsenden Kapitalreichtums, während vielleicht nur eine kleine Minderheit den Besitz weiter Volkskreise an sich reißt, und die Nation in drückende Abhängigkeit, ja in Abhängigkeit von ausländischen Besitzern und Gläubigern gerät. Solche traurige Erscheinungen bringen dann in manchen Denker - und weiten Volkskreisen die Ansicht hervor, daß alle Kapitalanhäufung auf Ausbeutung der arbeitenden Klassen und Enteignung der kleineren Besitzer, auf Herabdrückung der Bauern und kleinen Gewerbsleute in die Klasse des Proletariats oder der besitzlosen arbeitenden Volksmassen hinauslaufe. Diese Ansicht beruht - wie wir sehen werden – bald mehr bald minder auf Irrtum. (Seite 122 /123)

Unser Geldwesen wird, kurz gesagt, so behandelt, als wenn nicht das Geld da wäre Umwillen der Produktion, der Wohlfahrt, und der Menschen, sondern als wenn die Produktion, die Wohlfahrt und die Menschen nur ein Mittel im Dienste des Geldes wären. Das Geld wird also zum Zweck und Herrscher, ja zum Götzen Moloch erhoben, dem Menschenopfer, Menschenwohl in unübersehbarer großer Menge täglich dadurch gebracht werden, daß wir die Produktion als Verfahren betrach-

ten, aus je 100 Thaler Wert mehr als je 100 Thaler zu machen und den Unternehmungen die Pflicht auflegen, nicht etwa möglichst viel, möglichst gute Sachen oder Dienste zu erzeugen, sondern vorausbestimmte feste Kapital- und Zinssummen abzuliefern. In unserem Geschäftsleben dreht sich alles um bestimmte Geldzahlungen und um die Möglichkeit für Geld mehr Geld zu liefern, aus Geld mehr Geld zu machen, hingegen kommen Arbeit, Produktion, Wohlfahrt u.s.w. nur soweit in Betracht, als sie dazu taugen, aus je 100 Thaler mehr als 100 Thaler zu machen.
(Seite 196)

Das geordnete Geldwesen und der Geldumlauf eines Staates ist von Schriftstellern treffend mit der Zirkulation des Blutes im menschlichen Körper verglichen worden, denn je geregelter das Geldwesen eines Wirtschaftskörpers ist, desto erfolgreicher wird sich das gesamte Wirtschaftsleben entwickeln und desto weniger sind Störungen in diesem Organismus zu befürchten. Der Schwerpunkt eines geregelten Geldwesens ist aber darin zu suchen, daß die geldwerbende Wirtschaft dem anlagebedürftigen Kapital leicht und rasch begegnet und sich somit der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf allen Punkten regelmäßig und mühelos vollzieht. Jede Störung in diesem Ausgleichsbedürfnis zwischen Geldsucher und Geldgeber wird auch eine Störung im Verkehr hervorrufen, indem einerseits die geldbedürftige Produktion durch den Mangel an Barmitteln zur Einschränkung gezwungen und damit die Produktionskraft des Landes vermindert wird, andererseits aber das anlagesuchende Kapital dorthin und damit häufig ins Ausland abfließt, wo es rascheres und lohnenderes Unterkommen findet. Es wird daher als die oberste Aufgabe der Organisation des Geldumlaufes zu betrachten sein, daß in einer dem Bedürfnis entsprechenden Zahl einerseits Anstalten getroffen werden, welche eine leichte und regelmäßige Begegnung zwischen Angebot und Nachfrage nicht nur der Tauschmittel - also des Geldes - sondern überhaupt aller verkehrsfähigen Güter (Waren) vermitteln und dadurch den gesamten Verkehr regeln, andererseits aber Anstalten ins Leben gerufen werden, welche als vermittelndes Glied in der Weise auftreten, daß sie sowohl das Zahlungsgeschäft besorgen, d. h. die Zahlungsausgleichung erleichtern und vereinfachen, als auch anlagesuchendes Kapital jederzeit aufnehmen und es der geldbedürftigen Produktion (Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft) leicht und mit möglichst wenig Umständlichkeiten zugehen lassen. Einrichtungen der ersten Art sind die Börsen, jene der letzteren Art die Banken und Kreditinstitute.
(Seite 411)

00000